Nr. 196. Donnerstag, 23. August. 1900

Erscheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatl. 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abholestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Mk. pro Quartal, mit Briefträgerbestellgeld 1 Mk. 40 Pf. Sprechstunden der Redaction 11—12 Uhr Vorm. Ketterhagergasse Nr. 4.

XIX. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Inseraten-Annahme Ketterhagergasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten Vormittags von 8 bis Nachmittags 7 Uhr geöffnet. Auswärt. Annoncen-Agenturen in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. rc. Rudolf Mosse, Haasenstein und Vogler, R. Steiner G. L. Daube & Co. Emil Kreidner.

Inseratenpr. für 1 spaltige Zeile 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Das Actionsprogramm der Regierung.

Graf Bülow hat in seinem vor 5 Wochen veröffentlichten Rundschreiben an die verbündeten Regierungen die für die **deutsche Chinapolitik** in Frage kommenden Gesichtspunkte wie folgt skizzirt:

„Das Ziel, das wir verfolgen, ist die Wiederherstellung der Sicherheit von Personen, Eigenthum und Thätigkeit von Reichsangehörigen in China; Rettung der in Peking eingeschlossenen Fremden; Wiederherstellung und Sicherstellung geregelter Zustände unter einer geordneten chinesischen Regierung; Sühne und Genugthuung für die verübten Unthaten. Wir wünschen keine Austheilung Chinas; wir erstreben keine Sondervortheile.“

Von diesem Programm ist allerdings erst ein Punkt erfüllt — die Rettung der in Peking eingeschlossenen Personen. Was weiterhin geschehen soll, ist eine Frage, über die ein Einverständniß zwischen den verbündeten Mächten zu erzielen, jedenfalls keine leichte Aufgabe sein wird. Wenn die „Köln. Ztg.“ über die Anschauungen in den leitenden Kreisen Deutschlands zutreffend unterrichtet ist, so liegt es anscheinend in der Absicht der deutschen Regierungen, **in militärischer Cooperation mit den übrigen Mächten eine planmäßige Pacification des gesammten chinesischen Reiches durch Entfaltung starker Truppencontingente in sämmtlichen aufständischen Provinzen herbeizuführen.**

„Je stärker die Machtentfaltung der verbündeten Mächte ist“, schreibt die „Köln. Ztg.“ anscheinend officiös, „desto größere Aussicht haben wir, daß sich vor ihr die Chinesen schnell und ohne Widerstand beugen werden, während sie sonst ihr altes hinhaltendes Spiel sicherlich wieder beginnen. Man muß sich nur vergegenwärtigen, daß nicht nur die Stadt Peking, sondern das ganze Reich mit fast allen seinen Factoren, sei es handelnd, sei es duldend und geschehenlassend, an dem Bruche des Völkerrechts betheiligt war. Wir verwahren uns gegen die Unterstellung, als ob wir nun dafür eintreten wollten, daß ganz China mit Krieg überzogen werde; wir müssen aber doch darauf hinweisen, daß wir nicht nur mit den örtlichen revolutionären Elementen in Peking zu thun haben. Wenn es darauf ankommen wird, die chinesischen Angelegenheiten endgiltig zu regeln, müssen wir nicht nur mit den Uebelthätern in Peking, sondern mit dem ganzen Lande rechnen, denn dem ganzen Lande und nicht nur Peking werden wir unsere Bedingungen aufzuerlegen haben. Dieses ganze Land aber wird sich dem Willen der verbündeten Mächte um so leichter und um so eher fügen, wenn hinter dem Willen eine bedeutende Macht steht, die bereit und befähigt ist, mit Zwangsmitteln aufzutreten, wo keine anderen Mittel genügen. Wir hoffen und glauben, daß das thatsächliche Vorhandensein einer solchen Macht genügen wird, um die Chinesen zu Verstand zu bringen, und daß gerade durch starke Machtentwicklung vermieden werden wird, daß wir zu blutigem Zwange schreiten müssen. Betrachtet man die Fortsetzung der Rüstungen von diesem Standpunkt aus, so erscheinen sie als das einzig mögliche und wirksamste Mittel, um mit möglichst geringen Opfern zu einem befriedigenden Schlusse zu gelangen . . . Die Entsendung der bedeutenden Verstärkungen, die jetzt auf dem Meere schwimmen oder in den nächsten 14 Tagen abgehen werden, erscheint somit nicht nur als das wirksamste, sondern auch das voraussichtlich unblutigste und billigste Mittel, das hier angewandt werden kann.“

Wenn in diesen Auslassungen die Absichten der verbündeten Regierungen zutreffend wieder gegeben sind, dürfte allerdings die Mission des Grafen Waldersee sowohl in militärischer wie in politischer Beziehung eine in gleichem Maße schwierige und verantwortungsvolle werden.

Das in den obigen Sätzen enthaltene Actionsprogramm ergänzt übrigens theilweise Ausführungen eines früheren Artikels der „Köln. Ztg.“, der, wie vielfach angenommen wird, von einer dem Grafen Waldersee nahestehenden Seite in das rheinische Blatt bewirkt worden war. Da, wie die „Köln. Ztg.“ andeutet, nach wie vor die Absicht besteht, so bald wie möglich noch eine dritte ostasiatische Division nach China zu entsenden, so ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß die Regierung nunmehr dem **Reichstage** Gelegenheit giebt, auch seinerseits zu der chinesischen Frage Stellung zu nehmen.

Li-Hung-Tschangs Friedensangebot.

Paris, 21. Aug. Nach einer hierher gelangten Meldung aus London hat der dortige **chinesische Gesandte dem Premierminister Salisbury Telegramme Li-Hung-Tschangs überreicht, worin Li-Hung-Tschang um Ernennung von Bevollmächtigten zur Eröffnung von Verhandlungen ersucht, da die Gesandten in Peking nun befreit seien. Eine gleichlautende Note ist allen Mächten übersandt worden.**

Die Regierung der Union beschloß, das Gesuch Li-Hung-Tschangs, dem amerikanischen Gesandten Conger oder irgend einem anderen amerikanischen Beamten die Vollmacht zu ertheilen, Friedensverhandlungen einzuleiten und die endgiltige Bedingung einer Regelung der jetzigen Wirren festzustellen, abzulehnen. Die Ablehnung erfolgte mit der Begründung, daß China nicht die Bedingungen der früheren Erklärungen der Vereinigten Staaten erfüllt habe.

Dagegen schreibt heute die **„Köln. Ztg.“** anscheinend officiös:

Da nunmehr die Gesandten und die übrigen Ausländer befreit sind, dürften die Verhandlungen, vorausgesetzt, daß Li-Hung-Tschang genügende Vollmachten besitzt, keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Ob aber die Verhandlungen zum Frieden führen werden, sei doch sehr fraglich. Seitens der englischen Regierung werde das neuerliche Anerbieten Li-Hung-Tschangs nicht ungern aufgenommen werden.

Man wird sich dabei erinnern, daß Li-Hung-Tschangs **vor** der Einnahme von Peking gemachtes Verhandlungsangebot von der deutschen Regierung vor wenig Tagen dahin beantwortet worden ist, „daß von Verhandlungen irgend welcher Art nicht eher die Rede sein könne, als bis die Personen der fremden Gesandtschaften, sowie die sonstigen Fremden in Peking sich unter dem Schutze des Contingents der Mächte befänden“.

Das letztere ist nun der Fall, freilich nicht durch freiwillige Auslieferung seitens der Chinesen, worauf die Union mit der Bemerkung an der Nichterfüllung der früher gestellten Bedingungen abzielt. Immerhin wird die Auffassung der „Kölnischen Zeitung“ gewiß Anklang finden, daß Verhandlungen nunmehr stattfinden können, wenn man sich auch wird hüten müssen, viel davon zu erwarten. Von besonderer Bedeutung wird in diesem Punkte die Haltung Rußlands sein. Sollte die englische Angabe richtig sein, wonach Rußland die mandschurische Frage von den allgemeinen Verhandlungen ausgeschieden, d. h. Nordchina schon jetzt für sich allein reserviren will, dann würden freilich von vornherein bedrohliche Schwierigkeiten geschaffen sein, ebensogroß wie sie in den England zugeschriebenen Sonderabsichten auf das Jangtsegebiet liegen.

Der Straßenkampf in Peking

hat zu neuen großen Erfolgen der Verbündeten geführt, aber beendet ist er noch nicht und wird vielleicht noch viel Blut kosten. Eine Riesenstadt, wie Peking, ist naturgemäß nur schwer niederzuzwingen, namentlich von einer so kleinen Truppenmacht, wie die Alliirten bis jetzt zur Verfügung haben. Inzwischen dürfte nun auch das deutsche Contingent eingetroffen sein und in den Kampf eingegriffen haben. Bei der Erstürmung von Peking waren bekanntlich keine deutschen Soldaten betheiligt. Die neueste Meldung über den Kampf in der chinesischen Hauptstadt lautet:

London, 22. Aug. (Tel.) Nach einem Telegramm der „Daily Mail“ aus Schanghai von gestern kam es nach dem Eindringen der Verbündeten in die äußere Stadt von Peking zu heftigen Kämpfen. Schließlich legten die Verbündeten aber eine Bresche in die Umwallung der **heiligen** Stadt und erstürmten dieselbe. **4000 wohlbewaffnete chinesische Christen** leisteten den Verbündeten wesentlichen **Beistand**, namentlich kam den letzteren ihre Kenntniß der Stadt zu gute. Jetzt flattern die Fahnen der Verbündeten auf dem **kaiserlichen Palast**. Der Kampf in den Straßen dauert noch fort, die Chinesen leisten noch immer **hartnäckigen Widerstand**.

Die Erlösung der Gesandtschaften.

Weitere Detailmeldungen aus Peking vom 15. August sind gestern in Paris eingetroffen. Der 13. war danach für die Gesandtschaften der schrecklichste Tag während der ganzen Belagerung. Entgegen den Weisungen des Prinzen Tsching wurden die Ruinen der Gesandtschaften den ganzen 13. und die Nacht auf den 14. hindurch beschossen. Die Chinesen wollten durch dieses Bombardement auch verhindern, daß die Belagerten das Geknatter der Mitrailleusen am Ostthore Pekings vernähmen, wo die Russen bereits an der Arbeit waren. Thatsächlich hatten die Legationen den ganzen Vormittag des 14. keine Ahnung, daß das äußere Ostthor von den Russen schon genommen war und daß die Japaner um das sogenannte Oberthor kämpften. Erst um zwei Uhr Nachmittags hatte man in den Gesandtschaften die Gewißheit, daß Hilfe nahe sei. Man hörte die Triumphrufe der Engländer und Amerikaner. Den Japanern gelang es erst im Morgengrauen des 15. das obere Thor zu sprengen, aber sie wagten sich zunächst nicht allzuweit vor, weil sie nicht stark genug waren. Bei Abgang der Depesche war das kaiserliche Viertel in den Händen der Europäer (?). Die Kaiserin-Wittwe und Prinz Tuan waren nicht zu finden. Die Gesandtschaften hatten 67 Todte, meist Marinesoldaten aller Nationen, welche mit nicht genug zu rühmender Bravour und Ausdauer den Wall der Gesandtenstraße vertheidigt hatten. Alle Diplomaten stimmen darin überein, daß die Kaiserin unehrlich gehandelt habe.

Die Frage nach dem

Verbleib der Kaiserin-Wittwe

ist noch nicht gelöst. Im kaiserlichen Palast von Peking ist sie jedenfalls nicht zurückgehalten worden, wie einige Angaben wissen wollten, sonst hätte man bei der Erstürmung des Palastes etwas von ihr gemerkt. Einer heutigen Meldung aus Schanghai zufolge soll sie thatsächlich die Flucht ergriffen und 50 Millionen Taels mit sich genommen haben, sie sei **von japanischer Cavallerie umzingelt**. — Möchte sich diese Nachricht bestätigen und der Umzingelung die Gefangennahme folgen! Der Fang wäre voraussichtlich von unermeßlicher Bedeutung. Denn immer deutlicher stellt sich heraus, daß diese Frau die Haupttriebfeder für all die Gräuel gewesen ist, die vorgekommen sind.

Bedrohung der Rückzugslinie?

Während der Kampf in Pekings Mauern noch tobt, kommt eine bedenkliche Meldung aus Tientsin. Das Reuter'sche Bureau meldet von dort, daß 5000 Mann chinesischer Truppen am 15. August von Sungliuching nach Peitsang aufgebrochen sein sollen, weitere 5000 rückten gegen Tung-tschau vor. Alle diese Truppen sind aus der Provinz Hunan gekommen. — Das sieht gerade so aus, wie ein planmäßiger Angriff auf die rückwärtige Verbindung des Pekinger Expeditionscorps, das damit von seiner Basis Tientsin abgeschnitten werden soll. Man darf indessen wohl darauf vertrauen, daß die Befehlshaber in Tientsin rechtzeitig Vorkehrungen gegen dieses Manöver treffen werden. Dann werden wohl unsere dieser Tage in Taku gelandeten Seebataillone die ersten sein, die ins Feuer kommen.

Fremdenfeindliches aus dem Süden.

Hongkong, 21. Aug. (Tel.) Das Blatt „The Chinese Reformer“ ist in den Besitz der Abschrift eines Schriftwechsels zwischen dem stellvertretenden Generalgouverneur von Canton, Yunglu, und dem Befehlshaber der Kangsu-Truppen, Tungfusiang, gekommen. Yunglu bittet darin Tungfusiang um seinen Beistand zur Vernichtung der Fremden, deren einzige Stärke in ihren Kriegsschiffen und Geschützen bestehe. China habe vollauf genügend Geschütze und ausgebildete Truppen. Tungfusiang stellt in seiner Antwort die Kongsu-Truppen zur Verfügung, um den Boxers bei der Vernichtung der Fremden beizustehen.

London, 22. Aug. (Tel.) Die „Times“ meldet aus Hongkong von gestern: **Der Schwarzflaggenhäuptling Langi** ist mit 3500 Mann auf dem Marsche nach Peking. Auf dem ganzen Wege werden drohende Plakate angeschlagen und das Eigenthum der Missionen von den Soldaten und den Eingeborenen zerstört.

Graf Waldersees Reise.

Im „Militärwochenblatt“ veröffentlicht General-Feldmarschall Graf v. Waldersee folgende Danksagung:

„Gelegentlich meiner Ernennung zum Oberbefehlshaber in Ostasien sind mir ungezählte Aeußerungen des Interesses, meistens in Form von Glückwünschen, brieflich und telegraphisch, in Prosa und gebundener Rede zugegangen. Aus dem ganzen deutschen Reiche habe ich Grüße erhalten von vielen Kameraden aus der Armee, von Krieger- und anderen Vereinen, von vielen Persönlichkeiten aus allen Schichten der Bevölkerung und auch aus Kreisen fröhlicher Zecher.

Bei der Kürze der Zeit vor meiner Abreise bin ich nicht im Stande, jedem Einzelnen zu danken. Ich bitte daher auf diesem Wege meinen besten Dank für die Kundgebungen, die mich herzlich erfreut haben, entgegenzunehmen.“

Möge Waldersees Wirken in China, wenn es überhaupt noch erforderlich ist, die hohen Erwartungen rechtfertigen, die aus den rauschenden ihm bereiteten Kundgebungen sprechen.

Ueber Waldersees **Reise durch Italien** wird heute gemeldet:

Rom, 22. Aug. (Tel.) Auf der Fahrt durch

Zur linken Hand.

Roman von Ursula Zöge v. Manteufel.

46) [Nachdruck verboten.]

16.

Nachdem Nore Dornewald gesprochen hatte, herrschte eine Weile Schweigen. Dores frisches, rosenwangiges Gesicht, etwas voller wie das der Sprecherin, sah gleichmüthig heiter hinaus in die sinkende Dämmerung des Wintertages. Flore hatte den Kopf gesenkt — bei der Schilderung hatte sie lächeln müssen, jetzt kämpfte sie gegen aufsteigende Thränen. Lore, scheinbar mit Harry in ein Bilderbuch vertieft, war die erste, die sprach. Sie hob den schwarzen Lockenkopf fast trotzig und um die vollen tiefrothen Lippen zuckte es verächtlich.

„So! — Da hast du für dich und Flore ja eine recht nette Beichte abgelegt! — Da soll mir nur wieder eins von Euch kommen und zum Heirathen zureden!“

Flore stutzte.

„Du, Lorchen? Um wen handelt es sich denn?“

„Ihr sagt's nicht!“ rief Fräulein Lorette mit blitzenden Augen, indem sie aufsprang.

Aber Dore war es jetzt, die bedächtig sprach:

„Im Gegentheil. Es ist sehr gut, wenn die Sache zur Sprache kommt. Ich muß gestehen, sie war mit ein Grund, weshalb auch ich mich zur Reise entschloß.“

„Dore ist wirklich naiv! — Sie, die übers Verlieben und Verloben milde lächelt, spielt sich auf die Ehestifterin! Bitte — weshalb heirathest du denn nicht? Wir alle wissen, daß der Rittmeister Degen um dich angehalten hat . . . . nun? — Also nimm ihn doch!“

„Ich passe nicht dazu — und der gute Degen wird mit Lalla Möllendorf zehnmal glücklicher werden wie mit mir . . . wenn er das nur einsehen wollte. Aber unsere Lore, das ist eine ganz andere Sache.“

„Aber bitte wer denn? — Ich bin ja so gespannt?“

„Es ist Fritz Brencken, der sich schon seit zwei Jahren um unsere Kleinste bewirbt.“

„Die Bezeichnung Kleinste verbitt ich mir. Ich bin eine alte Jungfer von 22 Jahren, die genau weiß, was sie will.“

„Ich rede Fritz das Wort“, fuhr Dore fort, „weil er wirklich ein lieber, guter Mensch ist, der Lore sehr lieb hat — dann aber auch, weil es unseren Vater unbeschreiblich glücklich machen würde, wenn er und Lore ein Paar würden. Du weißt, daß er drei Jahre lang in den Rheinlanden stand — aber nie aufhörte, in alter Freundschaft mit uns Briefe zu wechseln. Vor zwei Jahren kam er wieder zum Regiment zurück, wir sahen ihn täglich beinah und seit lange schon wissen wir, wie er denkt und Papa sagte es neulich offen, daß es ihm die größte Freude wäre, die ihm im Leben noch werden könne.“

Nore fügte mit herber Wahrhaftigkeit hinzu:

„Und Papa hat bisher eine ungetrübte Freude an den Verlobungen seiner Töchter nicht haben können.“

„Ach, Lore, nimm ihn! rief Flore flehentlich, „und mache ihn recht, recht glücklich!“

„Nicht wahr? — Das könnte dir passen!“ die schlanke, straffe Gestalt richtete sich kampfbereit auf, „aber so dumm bin ich denn doch nicht, mir mein Leben dadurch zu verpfuschen, daß ich einen Mann heirathe, der, seit er denken konnte, in meine schöne Schwester verliebt war. Und wie! — Glaubt Ihr, ich hätte keine Augen im Kopfe gehabt? — Und nun soll ich gut genug sein, als liebe keine Trösterin. Danke schön!“

Flore seufzte: „Ja, wenn du ihn nicht liebst — dann ist's freilich besser nicht.“

Das trotzige Mädchen war ganz blaß geworden.

„Vor allen Dingen glaube ich nicht an seine Liebe. Wie kann ein Mensch zweimal lieben? Eines nur weiß ich gewiß, Brencken wird eines Tages Flore wiedersehen und an dem Tage werde ich froh sein, daß ich nicht seine Frau bin. Punktum! — Bitte, reden wir doch von was anderem . . . ich möchte wetten, daß dein fatales, semmelblondes Gesellschaftsfräulein hinter irgend einer Portière steckt und horcht.“

„Du kannst ruhig sein. Sie ist auf Urlaub in der Residenz bei ihrer Tante Beuthen.“

„Weshalb schickst du sie nicht überhaupt fort? — Sie muß nach deiner Beschreibung unausstehlich sein!“

„Ach, dann käme eine andere. Mir ist jede unlieb, aber Eberhard besteht darauf, daß ich eine Gesellschafterin habe.“

„Hat er dir diese ausgesucht?“

„Ich glaube nicht. Sie war früher Vorleserin bei seiner Mutter, und da sie ganz arm ist, die Herzogin sie aber wegen zunehmender Taubheit zuletzt nicht mehr brauchte, hat ihre Tante Beuthen um diese Stelle für sie gebeten. Ich habe sie hier vorgefunden, als wir von einer Reise nach Biarritz hierher zurückkehrten. Die Erbprinzessin soll sich für sie verwandt haben. Ich hielt das damals für ein gutes Zeichen, daß Eberhards Familie anfange, versöhnlichere Gefühle zu hegen — aber das hat sich als — Täuschung erwiesen. Die Herzogin blieb bis zu ihrem Tode tiefgekränkt und feindlich gesinnt — auch gegen Eberhard, den sie doch so geliebt haben soll . . . und es scheint, als habe sie alle beeinflußt — namentlich ihre älteste Schwiegertochter. Auch Eberhards Schwestern sind unversöhnlich geblieben. Der Herzog hat es seiner Frau, als sie im Sterben lag, versprechen müssen, mich nie am Hof zu empfangen. Ich glaube nicht, daß er unversöhnlich wäre, aber dies Wort bindet ihn. Sie thun mir ja nichts zu leide, noch keine harte Aeußerung drang an mein Ohr — aber ich existire, wie es scheint, auch nicht für sie . . . namentlich nicht für Caroline.“

„Was ist das eigentlich für eine Frau, diese Eure famose Erbprinzeß-Wittwe?“ frug Nore.

„Sie soll eine kluge und vortreffliche Frau sein.“

„Ich kann sie nicht leiden!“ rief Lore.

„Und weshalb nicht?“

„Ich konnte sie von Anfang an nicht ausstehen. Du weißt — ich stecke nun mal voll Sympathien und Antipathien. Wir hatten in der Residenz eine Stunde Aufenthalt, sahen uns also etwas um und fanden im Schaufenster einer Kunsthandlung ein Bild von ihr, ganz groß, in tiefster Trauer. Mir gefällt es nicht, wenn eine junge Wittwe den in ihren Zügen meisterlich ausgedrückten Schmerz sogleich photographiren läßt, pour édifier la populace! — Und während uns eine ebenfalls vor dem Schaufenster stehende Bürgersfrau in allen Tonarten die Vortrefflichkeit, Mildthätigkeit und Gerechtigkeit dieser hohen Dame pries, dachte ich mit Maria Stuart: „Aber in diesen Zügen wohnt ja gar kein Herz.“

„Lore wird verblüffend klassisch“, sagte Nore „und seelenvergnügt, weil wir ihre Angelegenheiten in Ruhe lassen!“

„Ich habe gar keine Angelegenheiten. Ach, hier kommt dieser Musterlakai Johann und meldet den Thee. Wenn ich je heirathe, schaffe ich mir einen solchen Diener an, der den stummen, fürstlichen Anstand so vollendet repräsentirt. Keine Miene, die sich in dem Gesicht verzieht. Lebt so was überhaupt? . . . Bitte, denkt doch an unsere Versuche zurück, Papas Burschen, Peter Nickel, das Serviren beizubringen . . . wie er beim Diner der Lalla Möllendorf zuraunte: „Freilein, das scheenste Stick Lende hab' ich hier für sie unter die Kartoffeln geschoben.“

Dabei nahm Lore Harry auf den Arm und lachend zog man ins Theezimmer. Von Fritz Brencken war nicht mehr die Rede.

Als aber Flore an diesem Abend zur Ruhe ging, konnte sie in froher Unruhe lange nicht einschlafen und da tauchte auch der Gedanke an den Jugendfreund immer wieder auf — und sie empfand eine unendliche Erleichterung bei dem Gedanken, daß er sie vergessen, und sein Herz der Schwester zugewandt habe, die, nach ihrer Ansicht, so viel liebenswerther war, wie sie! — Welch ein schönes Glück wies doch das stolze Mädchen von sich — und weshalb? — Weil sie ihn nicht liebte? — Weil sie, klüger und gereifter wie es Flore einst gewesen, mit vollem Bewußtsein auf die „große Liebe“ wartete, deren ihr Herz fähig wäre? (Forts. folgt.)

Italien wurde Graf Waldersee in allen Städten, die er passirte, von den Offizieren der betreffenden Garnisonen begrüßt. In Florenz begrüßte der Graf von Turin mit dem Corpscommandanten Baldissera und zahlreichen Offizieren den Feldmarschall und lud ihn und die Gräfin Waldersee zur Frühstückstafel. Die Mannschaften wurden gespeist. Nach einem Aufenthalt von 50 Minuten wurde die Reise nach Rom fortgesetzt.

General-Feldmarschall Graf Waldersee traf gestern kurz nach 8 Uhr Abends in Rom ein und wurde am Bahnhof von dem Flügeladjutanten des Königs General Brusati und dem Personal der deutschen Botschaft empfangen. Graf Waldersee wird heute Vormittag 10½ Uhr vom Könige empfangen werden, der ihn alsdann mit dem Minister des Auswärtigen Visconti Venosta zur Frühstückstafel laden wird. Nachmittags 2½ Uhr wird sich der General-Feldmarschall nach Neapel begeben.

Genua, 21. Aug. Das **Armee-Obercommando in Ostasien**, mit Ausnahme des Feldmarschalls Grafen Waldersee und der ihn nach Rom begleitenden Offiziere, ist wohlbehalten hier eingetroffen und hat sich an Bord der „Sachsen" begeben, die alsbald nach Neapel in See geht. Außer den deutschen Offizieren haben sich ein englischer, zwei russische und zwei österreichisch-ungarische dem Stabe des Grafen Waldersee attachirte Offiziere auf der „Sachsen" eingeschifft.

Commandirungen.

Berlin, 21. Aug. Das „Militärwochenblatt" meldet folgende Commandirungen: Zum Commandeur des fünften ostasiatischen Infanterie-Regiments ist Oberst v. Rohrscheidt vom 1. Seebataillon ernannt, ferner zum Commandeur des 1. Bataillons Major v. Freybold vom 2. westpreußischen Grenadierregiment, des 2. Bataillons Major Auwärter, bisher Commandeur des Infanterie-Regiments Winterfeldt, zum Commandeur des sechsten ostasiatischen Infanterie-Regiments Oberst Grüber, Commandeur des 2. baierischen Jäger-Bataillons, zum Stabsoffizier Oberstleutnant v. Wrochem vom Infanterie-Regiment Tauentzien, zum Commandeur des 1. Bataillons Major Cleve vom zweiten hanseatischen Infanterie-Regiment, zum Commandeur des 2. Bataillons Major Zidl vom baierischen 8. Infanterie-Regiment ernannt.

Dem Commandeur der fahrenden Abtheilung des Feldartillerie-Regiments Nr. 42 zu Schweidnitz, Major Hermann zu Linstow, ist die Führung der dritten ostasiatischen Artillerie-Abtheilung übertragen.

Dem Stabe Waldersees ist auch der frühere Leutnant v. Hanneken, ein Vetter des bekannten chinesischen Generals, zugetheilt, welcher sich früher schon in privater Thätigkeit mehrere Jahre in China aufgehalten hat. Dagegen macht Legationsrath Dr. Bumiller die Reise nach China nicht mit. Graf Waldersee hatte ihm allerdings den Vorschlag gemacht, sich dem Obercommando anzuschließen; aber die bezüglichen Verhandlungen haben nicht zum Ziele geführt.

*

Die „Volksztg." rechnet aus, daß von der vom Kaiser ausgesetzten Belohnung für die Errettung der Europäer in Peking Mann der je der aus ca. 18 000 Mann bestehenden internationalen Entsatzarmee 266 bis 300 Mk. erhalten würde.

Stuttgart, 21. Aug. Der **König** begrüßte gestern die den neuen ostasiatischen Regimentern zugetheilten württembergischen Truppen vor der Abfahrt nach Darmstadt und richtete an sie folgende Abschiedsworte:

Kameraden! Es ist mir eine Freude und ein Bedürfniß gewesen, Euch in den letzten Stunden, bevor Ihr die Heimath verlaßt, noch einmal zu begrüßen und meine herzlichsten Glückwünsche Euch mit auf den weiten Weg zu geben. Laßt mich fest versichert sein, daß Ihr auch im fernen Osten dem Namen Eures Heimathlandes Ehre machen werdet, daß Ihr als brave Württemberger würdig Euch den anderen deutschen Volksstämmen angliedern werdet, daß Ihr in Manneszucht, Gehorsam, Ertragung schwerer Strapazen nie erlahmen, auch in dieser Richtung Eurer Heimath eingedenk sein werdet. Die Wünsche Eures Königs begleiten Euch in jeder Stunde, wo immer Ihr auch sein werdet. Es sind schwere, große Aufgaben, die Euch bevorstehen. Möge Gott Euch schützen und bewahren und Euch gesund wieder in die Heimath zurückkehren lassen. Daß ihr Euren Pflichten freudig und in jeder Weise nachkommen werdet, ist meine Ueberzeugung. Dieser Ueberzeugung wollen wir Ausdruck geben mit dem Ruf: Unser oberster Kriegsherr und Kaiser Hurrah!

Hierauf brachte der commandirende General Falkenhausen ein Hoch auf den König aus.

Politische Uebersicht.

Danzig, 22. August.

Die Pestgefahr.

Berlin, 21. Aug. Die „Nat.-Ztg." schreibt Die von den deutschen Reichsbehörden angestellten Nachforschungen nach der Herkunft des in Hamburg an der Pest erkrankten und verstorbenen Stewards Rauhut haben unzweifelhaft ergeben, daß derselbe in der englischen Hafenstadt Cardiff angesteckt und daß Cardiff durch aus Indien oder Oporto auf dem Seewege eingeschleppte Pestfälle zur Zeit den Seuchenherd bildet. Es liegen ferner Anzeichen vor, daß in letzter Zeit eine ganze Reihe englischer Hafenorte von Pestfällen heimgesucht ist, von denen man bisher keine Kenntniß hatte. Das entspricht dem bekannten englischen Vertuschungssystem, die dem englischen Seehandel unbequemen Seuchenfälle zu verheimlichen, um den Seeverkehr nicht zu stören. Gerade dieser Umstand hat aber die deutschen Behörden veranlaßt, Vorkehrungen zu treffen, um unsere deutschen Seehäfen vor weiteren Einschleppungen von Seuchen zu schützen. Zu diesem Zwecke haben im preußischen Cultusministerium verschiedene Conferenzen stattgefunden und der bekannte Hygieniker und Director des hygienischen Instituts in Königsberg, Prof. Eduard Pfeiffer, der auch Mitglied der deutschen Pestexpedition in Indien war, ist mit den Medizinalräthen des Cultusministeriums beauftragt worden, die preußischen Hafenorte zu bereisen und Vorschläge zu machen zur Einrichtung eines **polizeiärztlichen Ueberwachungsdienstes des Schiffsverkehrs in den preußischen Seehäfen**, namentlich in Stettin, Danzig, Königsberg und Emden, behufs wirksamer Abwehr der Seucheneinschleppung auf dem Seewege. Dabei hat sich herausgestellt, daß für den Stettiner Hafen trotz seines regen Schiffsverkehrs mit dem Auslande noch keinerlei sanitäre Vorsorge getroffen war. Diesem Mangel ist nun schleunigst abgeholfen worden, indem nach dem Muster von Hamburg der Marinestabsarzt Dr. Runge zum Hafenarzt von Stettin ernannt und ihm Assistenzarzt Dr. Bendix von der Charité als Assistent beigegeben wurde. Aehnliche Einrichtungen werden in allernächster Zeit auch in anderen deutschen Seehäfen getroffen werden mit der Maßgabe, daß bei wirksamer Ueberwachung des Schiffsverkehrs eine wesentliche Belästigung des Seehandels nicht erfolgen dürfe.

Vom Boerenkriege

Personen, welche der Brüsseler Transvaalgesandtschaft nahestehen, bezeichnen das Verhalten des **Boerengenerals Prinsloo** als Verrätherei. In einem Telegramme, welches über Lorenzo Marquez eingetroffen ist, wird erklärt, Dewet habe die Capitulation der 4000 Freistaater unter Prinsloo als eine Schurkerei bezeichnet. Prinsloo habe sogar beabsichtigt, auch den Präsidenten Steijn den Engländern in die Hände zu spielen. Diesen Plan habe Dewet nur dadurch vereitelt, daß er Stejin mit Gewalt in seiner Nähe behielt.

Wie dem „Lok.-Anz." aus London berichtet wird, hat das englische Kriegsamt Lord Roberts in bündiger Form angewiesen, alle in kleinen Trupps oder einzeln auftretenden bewaffneten Boeren als **außerhalb des Kriegsrechtes** stehend zu behandeln. Sobald also Boerenabtheilungen bis zu zwanzig Mann auf Streifen ergriffen werden, so sind sie vor ein Kriegsgericht zu stellen, das ihnen Strafen nicht unter fünf Jahren Gefängniß aufzuerlegen hat. Sobald ihnen aber nachgewiesen wird, daß sie einen englischen Soldaten getödtet haben, so sind sie zum Tode zu verurtheilen. Demgemäß bezeichnet Lord Roberts seit einigen Tagen in seinen amtlichen Telegrammen jede Gefangennahme einzelner Boeren als „Verhaftung" und die Tödtung einzelner englischer Soldaten bei plötzlichen Ueberfällen als „Mord". Ganz besonders scharf sollen die Kriegsgerichte verfahren, wenn die Ergriffenen nicht eingeborene Boeren, sondern als Freiwillige eingetretene Ausländer sind.

Ueber die Kriegsoperationen in Transvaal liegen heute nachstehende Drahtmeldungen vor:

Capstadt, 22. Aug. (Tel.) Die Generale Paget und Baden-Powell sind auf dem Vormarsch nach dem Norden längs der Bahnlinie nach Pietersburg begriffen. Bei einer Recognoscirung in der Nähe von Dentersburg hatte Oberst Sitwell 31 Verwundete.

Pretoria, 21. Aug. (Tel.) General Paget hatte gestern ein Gefecht mit der Nachhut der vereinigten Truppen Dewets und Delareys.

Die letzteren scheinen die Absicht zu haben, sich mit der im Osten von Transvaal stehenden Boerenstreitmacht mit Botho zu vereinigen.

Deutsches Reich.

* **Berlin, 21. Aug.** Zum **Besuche des Kaiserpaares in Stettin** ist nunmehr das Programm festgesetzt worden. Der Kaiser trifft in Begleitung der Kaiserin und mit einem glänzenden Gefolge am Nachmittage des 7. September in Stettin ein. Auf dem Bahnhofe findet großer militärischer Empfang statt, worauf das Kaiserpaar im dortigen kgl. Schlosse durch die Spitzen der Civilbehörden begrüßt wird. In der Umgebung des Kaisers werden sich unter anderen befinden: der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich, Prinz Heinrich von Preußen, Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig. Die Stadt wird für das Kaiserpaar, dessen Umgebung nebst Gefolge und die fürstlichen Gäste drei Dampfer zu einer Oderfestfahrt miethen. Ein vierter Dampfer ist für die Damen der Mitglieder der städtischen Behörden und der Wohnungsgeber bestimmt. Am Tage der Ankunft nimmt das Kaiserpaar Abends 6 Uhr an einem von der Provinz im Landhause zu veranstaltenden Festessen Theil, um 8 Uhr desselben Tages beginnt die Oderfestfahrt, nach deren Beendigung eine große Illumination Stettins stattfindet. Am anderen Tage erfolgt die Abreise des Kaiserpaares.

Berlin, 22. Aug. Gestern Abend wurde hier eine **Anarchistenversammlung**, welche sehr stark besucht war, polizeilich aufgelöst.

Berlin, 21. Aug. Das zulässige Maximalgewicht für aus Deutschland nach der Schweiz gehende Briefe ist von 15 auf 20 Gramm erhöht.

* **[Kaiserliches Geschenk.]** Ein Gnadengeschenk von 10 000 Mk. hat der Kaiser aus seinem Dispositionsfond der katholischen Schulgemeinde zu Geyersdorf bei Fraustadt als Beihilfe zu den Kosten für den Bau eines neuen Schulhauses und der zugehörigen Wirthschaftsgebäude überweisen lassen.

* **[Die Gründung eines Margarinesyndicats]** ist nach der „Voss. Ztg." endgiltig beschlossen worden. Ueber folgende Punkte wurde eine Einigung der Fabrikanten erzielt: 1. Festsetzung eines Minimalpreises; 2. Aufhebung der Baisseclausel; 3. gemeinsame Verkaufsbedingungen.

Köln, 20. Aug. Eine zahlreich besuchte Versammlung der **Kohlenhändler** beschloß eine am 1. September eintretende weitere **Erhöhung der Briketpreise**.

Oesterreich-Ungarn.

Fiume, 21. Aug. Die Polizei verhaftete einen **Anarchisten Josef Sagnac aus Paris**, bei welchem auf falsche Namen lautende Pässe vorgefunden wurden. Sagnac stand im Begriffe nach Wien abzureisen.

Frankreich.

Marseille, 21. Aug. In Folge Uebereinkommens der Schiffahrts-Gesellschaften mit den Heizern, Kohlenträgern und Matrosen ist der **Ausstand beendigt**. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen werden.

Italien.

Rom, 21. Aug. Der **Papst** empfing heute eine Abordnung von Lehrern und Lehrerinnen katholischer Schulen in der Rheinprovinz und Westfalen.

Belgien.

Ostende, 21. Aug. Gestern Nachmittag fragten **drei Individuen** mit inländischem Gesichtsausdruck gleich nach ihrer Ankunft auf dem Bahnhofe einen Dienstmann nach einem Gasthof, möglichst nahe am Palace Hotel, wo der Schah von Persien Wohnung genommen hat. Der Dienstmann setzte sofort die Polizei von der Ankunft der drei Personen in Kenntniß; ein Geheimpolizist brachte sie sogleich nach dem Polizeicommissariat, wo man bei ihnen Waffen vorfand. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Die Leute gaben an, sie seien Perser und kämen von der Pariser Weltausstellung, wo sie all ihr Geld verloren hätten. Sie seien nach Ostende gekommen, um von dem Schah eine Audienz zu erbitten und von ihm das zur Rückkehr nach der Heimath nöthige Geld zu erlangen. Wie alsbald die ergangenen telegraphischen Nachfragen ergaben, bestätigten sich alle Angaben. Den Besitz von Waffen erklären sie mit der Länge der Reise. Sie wurden alsdann vom Schah empfangen, der ihnen die zur Rückkehr nach Persien erforderliche Summe einhändigte.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 22. August.

Wetteraussichten für Donnerstag, 23. Aug., und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Schwül, warm, meist heiter. Vielfach Gewitter. Windig.

* **[Stadtverordnetensitzung am 21. August.]** Vorsitzender Herr Berenz; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Stadträthe Toop, Ehlers, Dr. Damus, Fehlhaber, Dr. Bail, Dr. Ackermann, Mitzlaff, Kosmack, Hein, Dr. Mayer, Stadtbauinspector Stobbe und Assessor Claassen.

Nach Kenntnißnahme von einem Urlaubsgesuch des Stadtv. Haß gelangen zunächst zwei Petitionen zur Vorlage. In der ersten wird die Versammlung vom deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband, Gruppe Danzig, und von der Danziger Zweigstelle des deutschen Handlungsgehilfen-Vereins zu Leipzig ersucht, beim Magistrat die weitere **Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe** durch Ortsstatut auf Grund der bezüglichen Bestimmung der Gewerbe-Ordnung zu befürworten. In der zweiten beschwert sich Herr A. Matutat über die Aufhebung einer Obstverkaufsstelle vor seinem Hause am Langenmarkt. Zu der ersteren Petition bemerkt Stadtv. Wieler, er sei nicht dafür, der Petition ohne Weiteres Berücksichtigung zu gewähren. Er für seine Person sei der Meinung, daß ein absolutes Verbot der Sonntagsarbeit in den Engrosgeschäften zu sehr großem Nachtheil führen werde. — Oberbürgermeister Delbrück bemerkt, daß er gegen Ueberweisung der Petition als Material an den Magistrat nichts einzuwenden habe. Wir sind uns selbst der Schwierigkeiten, die weiteren Beschränkungen auf diesem Gebiete entgegenstehen, nicht nur hinsichtlich der großen, sondern auch hinsichtlich eines großen Theils der Detailgeschäfte vollkommen bewußt. Es erübrigt sich auch, jetzt schon Directiven zu geben, denn wenn dem Wunsche der Petenten stattgegeben wird, kann dies nur durch Erlaß eines Ortsstatuts geschehen, und dann muß die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung eingeholt werden. Die Versammlung werde ja dann Gelegenheit haben, sich mit der Sache eingehender zu beschäftigen. — Die Petition wird hierauf dem Magistrat als Material überwiesen.

Bei der zweiten Petition beantragt Stadtv. Steffens Uebergang zur Tagesordnung, da die betreffende Obstverkäuferin gegen eine polizeiliche Verfügung nichts unternommen habe. Stadtv. Bauer und Hardtmann wünschen, daß die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen werde, welchen Antrag Oberbürgermeister Delbrück und Stadtrath Hein bekämpfen, da es sich hier um eine Maßnahme im Verkehrsinteresse handele, dergleichen Verkaufsstellen auf offener Straße seit Einführung des Markthallenzwanges durch Polizei-Verordnung verboten seien und zur ausnahmsweisen Behandlung der in Rede stehenden Verkäuferin kein Grund vorliege, weil dieselbe einen Verkaufsladen habe, den Verkauf im Keller des betreffenden Hauses, den sie gemiethet habe, betreiben könne, auch in der Lage sei, den früher innegehabten Stand in der Markthalle wieder zu miethen. Mit großer Mehrheit wird hierauf beschlossen, die Petition ad acta zu legen.

Die Versammlung nimmt dann Kenntniß von dem Protokoll über die Revision des städtischen Leihamts am 18. Juli und von der Mittheilung des Magistrats über die am Rathsthurm nothwendig gewordenen, im „Danziger Courier" bereits näher geschilderten Reparaturbauten, deren Kosten demnächst nachbewilligt werden sollen.

Nach § 21 der Städte-Ordnung sollen die alle zwei Jahre zu vollziehenden Ergänzungswahlen zur **Stadtverordneten-Versammlung** im November vollzogen werden, doch läßt der erwähnte Gesetzesparagraph auch eine Aenderung dieses Termins durch Ortsstatut zu. Bei den letzten Wahlen hat es sich schon gezeigt, daß es nicht möglich ist, innnerhalb des einen Monats alle Wahltermine abzuhalten, wenn mehrere Stich- oder Nachwahlen stattfinden müssen, zumal die gleichzeitige Abhaltung von Wahlen in mehreren Lokalen, wie es 1898 geschah, nach der neueren Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nicht mehr zulässig ist. Der Magistrat beantragt deshalb den Erlaß des folgenden **Ortsstatuts**:

„Auf Grund des § 21 Abs. 4 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 wird der in Abs. 1 ebendesselben Paragraphen bestimmte Termin für die Wahlen zur Stadtverordneten-Versammlung dahin abgeändert, daß diese Wahlen in den Monaten Oktober und November stattfinden."

Ueber diese Vorlage entspinnt sich eine längere Debatte, zumeist die letzten Stadtverordnetenwahlen betreffend, aus der wir Folgendes hervorheben:

Stadtv. Davidsohn schlägt vor, Schulen als Wahllokale für einzelne Wahlen zu bestimmen, da es für die entfernter wohnenden Wähler zu unbequem sei, zur Wahl ins Rathhaus zu kommen.

Stadtrath Ehlers: Nach unseren früheren Bestimmungen, die für unzulässig erklärt worden sind, fanden die Wahlen in den verschiedenen Unterabtheilungen der einzelnen Wahlbezirke gleichzeitig statt. Diese mußten natürlich an verschiedenen Orten stattfinden. Jetzt werden die Stadtverordnetenwahlen an siebzehn Wahltagen mit Ausnahme von Schidlitz, Langfuhr, Neufahrwasser im Rathhause abgehalten. Ich kann nicht finden, daß der Weg zum Rathhause so sehr weit ist bei der verhältnißmäßig geringen Ausdehnung Danzigs. Werden Schullokale dazu genommen, so muß der Unterricht ausfallen, was man doch nicht geschehen läßt, wenn nicht gerade zwingende Gründe vorliegen. — Oberbürgermeister Delbrück bittet, an dem jetzigen Zustande, insbesondere an der Bestimmung der Wahllokale nichts zu ändern, da nur noch einmal, und zwar in diesem Jahre die Wahlen in dieser Weise stattfinden, denn nach Inkrafttreten des neuen Communalwahlgesetzes werde das Verfahren ganz neu geregelt. Für den Wahlvorstand, der jetzt bei sämmtlichen Unterabtheilungen zu fungiren habe, sei es aber eine große Schwierigkeit, wenn für jede Unterabtheilung ein anderes Wahllokal gewählt wird.

Stadtv. Schmidt erinnert daran, daß die ehemals von dem Gesetzgeber vorgesehene Zeit von 2½ Monaten, die zwischen der Fertigstellung der Wählerlisten und dem Wahltermin liegen sollte, jetzt auf zwei bis drei Wochen verkürzt werden solle. — Während bisher die Wahlen im November stattfanden, sollen sie jetzt schon im Oktober beginnen. Dadurch werde den Wählern die Zeit zu knapp, sich zu informiren. Wenn die Listen am 1. Oktober abgeschlossen werden, so könnte die Wahl, da zwischen der Einladung der Wähler und der Wahl ein zweiwöchiger Zwischenraum liegen muß, frühestens auch erst in der dritten oder vierten Woche des Oktober stattfinden. Diese Zeit sei zu knapp, um die Wähler ordentlich vorzubereiten. Die 1898er Wahlen seien nach der (später ergangenen) Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts alle ungiltig gewesen und man hätte auch hier, gerade wie anderwärts, ihre Ungiltigkeitserklärung durchsetzen können. Wir sind jedoch so zahm, daß wir den Magistrat s. Zt. damit nicht belästigt haben. (Heiterkeit.) Die ersten drei der fünf Wahlvorstände würden je eventuell fünf Tage zu sitzen haben. Deshalb sollte man lieber zwei oder mehrere Unter-Abtheilungen gleichzeitig wählen lassen. Es wäre überhaupt besser, wenn die Wahlen bis in den Dezember hinein sich ziehen, statt daß sie schon im Oktober anfangen sollen. Die alten Stadtverordneten blieben ja doch so lange im Amte, bis die Ersatzmänner eingeführt seien. In einer Bürger-Versammlung am 1. Dezember 1898 seien dem Magistrat mehrere Wünsche betreffs der Wahlen vorgetragen worden, indeß seien dieselben in der heutigen Vorlage noch nicht berücksichtigt. Zunächst sei es ein Uebelstand, daß die Wählerlisten in einem zwei oder drei Treppen im Rathhause belegenen Zimmer ausliegen, hierfür müsse ein Parterreraum bereitgestellt werden. Ferner sei bisher auf der Einladung an die Wähler der Name der bisherigen Stadtverordneten angegeben worden, wodurch viele in den Glauben versetzt würden, sie müßten dieselben wiederwählen. (Heiterkeit.) Sodann möge man die Wähler, die noch vor 6 Uhr im Wahllokal sich eingefunden, noch mitwählen lassen. Auch sehe er (Redner) nicht ein, warum die Wahlvorstände nicht zur Wahl z. B. nach der Niederstadt oder nach der Altstadt gehen könnten.

Oberbürgermeister Delbrück schickt voraus, daß es sich bei den von Herrn Schmidt erwähnten Punkten meistens nur um Ausführungsbestimmungen handle, die laut Gesetz der Magistrat zu treffen hat. Das in Rede stehende Ortsstatut beziehe sich darauf nicht. Der 6 Uhr-Schluß der Wahl sei genau so geregelt, wie das Reichstagswahlgesetz es gethan habe. Zum Reichstag könne auch nur bis Punkt 6 Uhr gewählt werden. Und das sei in der That das präciseste und klarste Verfahren. Es würde eine correcte Durchführung des Wahlactes gefährden, wollte man diejenigen, die noch im Wahllokal anwesend sind, auch noch an die Urne treten lassen, weil die Controle dabei nicht immer leicht zu führen sein würde. Wenn die Zeit bis 6 Uhr Abends z. B. für Arbeiter nicht genüge, dann kann man eher den Wahlact erst um 7 Uhr schließen. Eine Aenderung der Wahllokale empfehle sich aber jetzt nicht, da ohnehin im nächsten Jahre Abänderungen eintreten. Redner bittet, für dies Jahr von weiteren Wünschen Abstand zu nehmen. Was den Termin anbetrifft, so haben sich die Wahlen und Stichwahlen vor zwei Jahren bis gegen Weihnachten hingezogen. Damit aber das neue Jahr mit den neuen Stadtverordneten und der doch auch dringlichen Neuconstituirung der Versammlung begonnen werden könne, müssen die Wahlen etwas früher, also in den Oktober verlegt werden. Die gesetzlichen Termine für die Wahleinladung müßten dabei allerdings innegehalten werden. Es ist aber doch schon ein Gewinn, wenn ein oder zwei Wochen des Oktober mit zur Wahl benutzt werden können. Redner bittet, dem Ortsstatut in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt demgemäß mit großer Mehrheit.

Es folgt die Erledigung einer Reihe von Pacht- und Mieths-Angelegenheiten, und zwar:

1) Es wird der bis zum 31. August 1900 an Herrn Otto Reichenberg verpachtete Theer- und Stagnetergraben unter den Bedingungen des bisherigen Vertrages, jedoch unter Erhöhung der Jahrespacht von 15 auf 30 Mk., vorläufig für die Zeit vom 1. September 1900 bis zum 31. Dezember 1902 an die offene Handelsgesellschaft J. W. Klawitter verpachtet. 2) Das ca. 59 Hectar große Grundstück Heubude Blatt 30 (früher Dann'scher Hof) wird vom 1. Oktober ab auf 12 Jahre zum jährlichen Pachtpreise von 1000 Mk. an den Gutspächter Herrn L. Schröder in Heubude freihändig verpachtet. 3) Die Berechtigung zur Entnahme von Eis aus der Radaune oberhalb der großen Schleuse in Praust während des Winters 1900/01 wird zu dem bisherigen Pachtpreise von 10 Mk. an den Brauereibesitzer Herrn J. Gamm in St. Albrecht verpachtet. 4) Ein Miethsvertrag mit Herrn Oberleutnant v. Kleist, betreffend die Parterre-Wohnung im Hause Steinschleuse 2b, wird genehmigt. 5) Desgleichen die Verlängerung des Pachtverhältnisses bezüglich des neben dem Grundstücke Petershagen, Reinkesgasse Nr. 11, belegenen 43 Qu.-Meter großen Platzes zu dem bisherigen Pachtpreise von 5 Mk. jährlich auf weitere fünf Jahre mit dem Eigenthümer Friedrich Bunzel. 6) Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß der bis zum 1. November 1900 vermiethete, neben der Langenbrücke am Krahnthor, gegenüber dem Zugange zu der Krahnthorfähre belegene gepflasterte Platz nicht weiter vermiethet wird, sondern als Straßenterrain betrachtet wird.

Bei der Verpachtung zu 2) entstand eine kurze Debatte über die Art dieser Verpachtung, welche im Interesse der Rieselwirthschaft erwünscht ist, bezw. über die öffentliche Ausbietung solcher Pachtstücke, welche aber zu Gegen-Anträgen nicht führte.

Der wissenschaftliche Lehrer an der hiesigen Victoriaschule Herr Otto Zimmermann tritt zum 1. Oktober in den Ruhestand. Die ihm zustehende Pension von jährlich 1722 Mk. wird von der Versammlung bewilligt.

Der bisherige städtische **Förster in Jäschkenthal** Herr Hencker tritt bekanntlich ebenfalls in den Ruhestand. Wegen der **Neubesetzung** der Försterstelle beantragt nun der Magistrat zu beschließen, daß

1. die Stelle, wie folgt, dotirt wird: Baargehalt 1200 Mk., in 21 Jahren bis auf 1800 Mk. steigend, außerdem freies Brennmaterial, dessen Werth mit 75 Mk. als pensionsfähiges Diensteinkommen berechnet wird, sowie freie Dienstwohnung oder an deren Stelle eine Miethsentschädigung von 450 Mk.;

2. das jetzige **Försterhaus** in Jäschkenthal mit Garten nicht weiter als Dienstwohnung des Försters verwendet, sondern als **Restauration und als Spielplatz** vermiethet wird.

Stadtv. Kawalki begrüßt die Vorlage mit Freuden, hält es jedoch im Interesse der Erhaltung des Waldes für dringend erforderlich, daß derselbe als Park und nicht als Forst weiter bewirthschaftet werde. Auch würde er es gerne sehen, wenn mehr für die Sauberhaltung des Parkes, des Erholungsortes der Bewohner von Langfuhr, gethan würde. Gleichzeitig wolle er auch auf die in letzter Zeit sich häufenden Belästigungen von Passanten, namentlich Frauen und Kindern, durch das Gesindel, das sich jetzt dort bemerkbar mache, hinweisen. Er verlange ja nicht, daß an jedem Baum ein Schutzmann stehe, aber jedenfalls müsse ein rüstiger Förster für Ordnung sorgen. Er empfehle auch die Anstellung von Parkwärtern. — Stadtv. Schmidt hält die Kawalki'schen Beschwerden für übertrieben, ihm seien Belästigungen der Spaziergänger niemals passirt oder zu Ohren gekommen. Er warne vor Schwarzmalerei. — Stadtrath Ehlers betont, der neue Förster solle auch die Handhabung der Polizei übernehmen, wobei ihm wirksamere Befugnisse zuständen als Parkwärtern, man werde eine rüstige Kraft wählen, die womöglich den ganzen Tag im Walde herumzustreifen und auf Ordnung zu halten habe. — Stadtv. Mix bittet, dem Krammetsvogelfang durch den Förster Einhalt zu thun. — Stadtrath Ehlers bemerkt, seit Jahren sei ihm nicht bekannt, daß von dem Förster auf

Krammetsvögel Schlingen gelegt würden. — Stadtv. Mix giebt zu, daß seine dahingehenden Beobachtungen schon einige Zeit zurückliegen; damals habe er selber öfter Krammetsvögelschlingen in den Schonungen gefunden und zerstört und er habe dann von dem Förster die Aeußerung gehört: „Wenn ich doch den Hallunken wüßte, der mir immer die Schlingen zerstört.“ (Stürmische Heiterkeit.) Man solle dem neuen Förster unter Androhung von Strafe den Vogelfang verbieten. — Stadtv. Steffens bestätigt den früheren Fang von Krammetsvögeln im Jäschkenthaler Walde, durch den ein benachbartes Gasthaus versorgt sein solle. — Stadtrath Ehlers betont nochmals, daß keine zuverlässigen Angaben darüber der städtischen Verwaltung gemacht seien. — Oberbürgermeister Delbrück hebt hervor, daß die Parkwirthschaft im Jäschkenthaler Wäldchen jetzt vorbereitet werde.

Die oben mitgetheilten Anträge des Magistrats werden darauf einstimmig angenommen.

Am 6. Juli hat die Stadtverordneten-Versammlung bekanntlich mit allen gegen drei Stimmen den Ankauf des südlich vom Hohenthor bis zur St. Annenkirche belegenen ehemaligen Festungsgeländes für 553 350 Mk. beschlossen und den mit der königl. Commandantur vereinbarten Kaufvertrag genehmigt, nach welchem das Kaufgeld spätestens sechs Monate nach der Auflassung gezahlt und die Stempelkosten zur Hälfte von der Stadt übernommen werden sollten, während der Militärfiscus für seine Hälfte bekanntlich Steuerfreiheit genießt. Der Vertrag hat in der Ministerial-Instanz zwei Abänderungen in diesen Punkten erfahren. Die eine betreffs der Stempelkosten sieht der Magistrat, da sie an dem bestehenden Rechtsverhältniß nichts ändert, lediglich als eine redactionelle Verbesserung an. Die andere geht dahin, daß die Auflassung erst innerhalb sechs Monaten zu erfolgen hat und unmittelbar darauf das Kaufgeld an die Festungskasse zu Danzig zu zahlen ist. Auch diese Aenderung hält der Magistrat für praktisch wenig bedeutungsvoll, da die sofortige Verlegung des Hauptkanalrohrs auf dem Festungsgelände, welche dringlich ist, bereits genehmigt sei. Uebrigens seien die ministeriellen Aenderungen endgiltige, so daß dagegen nichts zu machen sei. — Die Versammlung acceptirt ohne Debatte und ohne Widerspruch auch ihrerseits die ministeriellen Abänderungen.

Die Actien-Gesellschaft Elektricitätswerke, vorm. O. L. Kummer u. Co., hat die von ihr erbaute und zum Theil noch im Bau begriffene elektrische Straßenbahn Danzig-Neufahrwasser-Brösen an eine neue Unternehmer-Vereinigung mit der Firma „Danziger Elektrische Straßenbahn-Actien-Gesellschaft zu Neufahrwasser“ verkauft und beantragt die Uebertragung der Genehmigungs-Urkunde auf diese Gesellschaft. Der Magistrat befürwortet die Uebertragung, welche nach dem geschlossenen Vertrage nur verweigert werden kann, wenn gegen die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des neuen Unternehmers begründete Bedenken bestehen, was nicht der Fall sei.

Referent Stadt. Keruth empfiehlt unter Darlegung des Rechtsverhältnisses und der einschlägigen Vertragsbestimmungen den Magistratsantrag zur Annahme, da sich aus juristischen Gesichtspunkten gegen die Uebertragung der Concession an einen anderen Unternehmer nichts einwenden lasse, Magistrat und Stadtverordnete vielmehr auf Grund des § 22 des Vertrages der Uebertragung zustimmen müßten, weil Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Gesellschaft nicht zu begründen seien. Die Actiengesellschaft sei gut fundirt, sie bestehe aus achtbaren, leistungsfähigen Firmen und sei nach den Vorschriften des Gesetzes constituirt worden. Das zur Kraftstation von der Stadt gekaufte Grundstück sei voll bezahlt, eine Caution von 30 000 Mk. beim städtischen Depositorio hinterlegt. Auch böten die Bestimmungen des Vertrages genügende Handhabe, um wirksam einzuschreiten, wenn die neue Gesellschaft den Bedingungen des Vertrages nicht entspreche.

Stadtv. Fischer begrüßt im Verkehrsinteresse den Besitzwechsel und beschwert sich dann über den schlechten Zustand, in dem schon seit Monaten die Straße an der Weichsel entlang und die Straßen von Neufahrwasser in Folge des Baues gerathen sind. Wochenlang sei an aufgerissenen Stellen garnicht gearbeitet. Es müsse etwas gethan werden, um diesen Zuständen ein Ende zu machen. Redner meint, man habe wohl dem Unternehmer gegenüber zu großes Wohlwollen gezeigt.

Stadtv. Hardtmann tritt dem Vorredner bei, er meint, man hätte wohl hie und da einen stärkeren Druck üben können.

Oberbürgermeister Delbrück fragt, woher Herr Fischer wisse, daß der Magistrat aus Wohlwollen gegen den Unternehmer Uebelstände geduldet habe. Eine solche Annahme würde unwahr sein. Man vergesse, daß an einem großen Theil der bisherigen Schwierigkeiten die Unternehmer nicht Schuld hätten. Es sei richtig, daß mit dem Unternehmer verhandelt worden ist, aber es habe sich keine Aenderung ermöglichen lassen. Die Straßenbauten und das Material zu denselben seien im Vertrage genau vorgeschrieben und hätten sich nach dem Zustande der Straßen zu richten. Wenn das Pflaster jetzt nicht gut in Ordnung sei, so ließe sich vorderhand dagegen nichts machen; ist es aber bei der Abnahme nicht in ordentlichem Zustande, so müßten die Unternehmer für Ausbesserung sorgen. Wenn der Bahnbau nicht weiter fortgeschritten sei, so gereiche auch das der Baugesellschaft nicht zum Vorwurf. Sie habe stets mit einer Menge der interessirten Behörden zu verhandeln, auch wisse man ja nicht, inwieweit die Lieferanten durch verspätete Lieferungen, was heutzutage sehr häufig vorkomme, Schuld tragen. Eins sei jedenfalls richtig, daß die Gesellschaft an dem bisherigen Fehlen der Verbindung von Pfefferstadt nach der Breitgasse keine Schuld treffe. Der gegen die Benutzung der Schmiedegasse erhobene Einspruch sei noch nicht beseitigt, die Verhandlungen darüber seien noch immer in der Schwebe. Auch der neue Walldurchbruch und die Straße an der Schichauwerft hat der Gesellschaft für die Schienenlegung noch nicht zur Verfügung gestellt werden können. Ebenso ist die Gesellschaft unschuldig an den Zuständen auf der Schichaugasse, die von jeher ein Schmerzenskind gewesen sei.

Baurath Fehlhaber bemerkt Herrn Fischer gegenüber, daß bei den Pflasterarbeiten nach seiner Besichtigung vorschriftsmäßig verfahren sei.

Stadtv. Schmidt: Er sei doch der Meinung, daß man der Gesellschaft gegenüber zu lau verfahren sei. Jedenfalls hätten die Zustände Veranlassung zu einer solchen Annahme gegeben. Die Polizei sei nachsichtiger als anderwärts verfahren. Bei geringeren Anlässen werde weit energischer vorgegangen, hier aber, wo es darauf ankommt, müsse man sich alles gefallen lassen. Jetzt wo man es mit einem neuen Contrahenten zu thun habe, sei wohl ein Anlaß, eine Frist energisch festzusetzen. Die Zustände seien derartige, wie sie überhaupt noch nicht dagewesen. Jetzt wolle die Gesellschaft ihren Profit machen und sei es an der Zeit dafür zu sorgen, daß sie uns nicht länger in diesem Zustande lasse. Deshalb bin ich dafür, den Vertrag nicht zu genehmigen.

Stadtv. de Jonge bringt die Beleuchtungsverhältnisse in Neufahrwasser zur Sprache und wünscht, daß im Interesse des Wagenverkehrs in den von der Straßenbahn passirten Ortsstraßen elektrische Beleuchtung hergestellt werde, da bei der jetzigen Beleuchtung der Verkehr stellenweise schwierig und gefährlich sei. Ferner wünscht Redner eine bessere Normirung der Fahrpreise innerhalb Neufahrwassers.

Stadtv. Keruth erinnert daran, daß es sich hier nur um Uebertragung einer Concession handelt. Die Fehler der früheren (Bau-) Gesellschaft könne man doch der neuen Gesellschaft nicht zur Last legen. Ueberdies seien die Vertragsbestimmungen bei Nichtbefolgung der Verpflichtungen, welche Referent verliest, so scharfe, daß die Stadt in jeder Beziehung gegen Vernachlässigungen geschützt sei.

Stadtv. Davidsohn: Er wolle nicht Kritik üben an der Bauausführung, zumal er von vornherein zugebe, daß es sich hier lediglich darum handele an die Stelle des jetzigen Contrahenten einen anderen treten zu lassen. Aber es sei erklärlich, daß viel Beschwerden hier zum Ausdruck kommen, da sich viel Mißmuth aufgesammelt habe. Was die Leistungsfähigkeit der neuen Gesellschaft anbetrifft, so sehe er diese noch nicht als eine ausreichende an, da das Actienkapital von einer Million Mark für dieses Unternehmen ungenügend sei. Auf Grund des Vertrages können wir aber die Uebertragung der Concession an einen Unternehmer verweigern, wenn uns dessen Leistungsfähigkeit nicht genügt. Der bisherige Contrahent werde auf 10 Millionen geschätzt, die neue Actiengesellschaft habe nur 1 Million Kapital. Von seinem (Redners) Standpunkt aus sei ihm der Zehnmillionenmann lieber und er würde ihn nicht so leicht aufgeben. Die Bahn werde wohl noch einige Zeit ein Schmerzenskind der Stadt bleiben; man solle also nicht leichthin den neuen Contrahenten hinnehmen. Redner bittet deshalb die Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Hardtmann ist auch der Ansicht, daß eine Million Mark nicht ausreiche für solch ein Unternehmen, besonders da die Gesellschaft sich noch mit weiteren wichtigen Plänen trage. Die Sache scheine auch ihm nicht ganz unbedenklich.

Stadtv. Steffens: Man habe nicht nöthig, sich den Kopf über die neue Gesellschaft zu zerbrechen. Die Stadtverordneten-Versammlung muß nach dem von ihr seiner Zeit acceptirten Vertrage die Eigenthumsübertragung genehmigen, wenn sie die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der neuen Gesellschaft nicht wirksam bestreiten kann. Redner wünscht aber noch Aufschluß über die Linie Brösen-Langfuhr.

Oberbürgermeister Delbrück bemerkt betreffs der Frage des Stadtv. Steffens, daß die Stadt nur soweit zur Consensertheilung befugt sei, als die Bahn sich auf städtischem Terrain bewege. Dagegen habe sie den Unternehmern zur Pflicht gemacht, daß auch die Vororte verbunden werden. Die Linie Brösen-Langfuhr gehe zum großen Theil durch ländliches Gebiet. Zur Verweigerung der Uebertragung der Concession sei die Stadt nicht berechtigt. Man könne bei Beurtheilung der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nicht lediglich das Actienkapital in Betracht ziehen, müsse auch die Creditfähigkeit der Gesellschaft etc. berücksichtigen. Dem größeren Actienkapital der bisherigen Unternehmerin ständen doch auch viel weitere Verbindlichkeiten und Unternehmungen gegenüber. Die Firma Kummer u. Co. baue nur die Bahn und übertrage dann den Betrieb — so sei es allgemein üblich — an eine Betriebsgesellschaft. Ein ähnlicher Vorgang habe sich auch bei der älteren Danziger Straßenbahn seiner Zeit abgespielt, welche auch eine technische Gesellschaft errichtete und dann an eine Finanzgruppe übertrug. Eine Verweigerung der Uebertragung müssen wir begründen und diese Begründung haben wir zu beweisen. Auf der anderen Seite müsse man aber auch fragen, was wir denn mit der Verweigerung erreichen? Nach seiner Ansicht garnichts. Die angeblich ungünstigen Verhältnisse seien also aus den Gründen, die die Gegner der Vorlage anführen, erst recht nicht zu bessern. Und schließlich hätte doch die neue Gesellschaft auch ein Interesse daran, daß die Bahn möglichst bald in Betrieb komme. Die Interessen der Stadt und der Gesellschaft liefen also parallel. Das ganze Unternehmen würde geschädigt und in Mißcredit gebracht werden, wenn die Genehmigung versagt werde.

Stadtv. Schmidt: Es komme in der Hauptsache darauf an, daß die Angelegenheit vom Fleck komme. Im Falle also die Uebertragung versagt wird, würden sich Kummer u. Co. von selbst mit der Fertigstellung der Bahn beeilen, weil die Firma dann wisse, daß sie erst verkaufen könne, nachdem sie die Bahn fertig habe. Wenn Herr Steffens gesagt habe, wir hätten hier nicht mit der Vergangenheit zu rechnen, so sei das falsch. Wenn man die ganze Art und Weise der Bauführung mit angesehen habe, so bilde man sich aus der Vergangenheit ein Bild für die Zukunft. Sodann fragt Redner, warum denn von den Strafbestimmungen des Vertrages nicht schon Gebrauch gemacht worden sei, Anlaß sei doch genug vorhanden gewesen. Der Bau sei eine richtige „Murkserei“ gewesen, wie man so sage. Solchen Unternehmern müsse man fühlen lassen, daß man mit ihrer Wirthschaft nicht zufrieden sei. Seit drei Jahren liege die Sache jetzt in der Luft und sie werde wohl auch in diesem Jahre nicht fertig werden. Deshalb sei er gegen die Uebertragung der Concession.

Oberbürgermeister Delbrück: Die Herren reden sich hier in eine Hitze, namentlich gegen Kummer u. Co., hinein, die übertrieben ist und für die Stadt nur Nachtheile bringen kann. Daß der Bau nicht so einfach gewesen, hat man von vornherein gewußt. Er sei überzeugt, daß die Unternehmerin, abgesehen von den vielen Differenzen mit den Anwohnern, auch von den Lieferanten mehrfach im Stich gelassen worden sei, daß sie thatsächlich sehr große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt habe. Dann möchte er aber noch auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinweisen, der nicht außer Acht gelassen werden sollte. Wir bemühen uns fortgesetzt, Unternehmer aus dem Westen hierher zu ziehen, um den Osten wirthschaftlich zu fördern. Wir schrecken aber diejenigen, die schon hier sind und diejenigen, die wir noch herziehen wollen, geradezu ab, wenn wir ihnen solche Hindernisse bereiten. Es seien in der Debatte bisher Ausdrücke gefallen, die bis hart an die Grenze dessen gingen, was gerade noch straffrei sei. Meine Herren, dadurch scheuchen Sie uns die unternehmenden Leute aus der Stadt. Es ist nicht zu controliren, ob die Unternehmer hier Schuld tragen, jedenfalls ist eine Kritik in dieser Form und Schärfe nicht berechtigt und ich hoffe, daß diese Auffassung auch aus der Mitte der Versammlung zum Ausdruck kommen wird. Ich bitte, behandeln Sie die Sache mit Vorsicht und Behutsamkeit. Wir kommen viel weiter, wenn wir die Herren unterstützen, als daß wir ihnen bei einem ohnehin schon riskanten Unternehmen Schwierigkeiten machen durch solche Kritiken.

Der Referent Stadtv. Keruth verliest auf Wunsch des Stadtv. Schmidt den Wortlaut des § 5, welcher von dem Termin der Fertigstellung der Bahn handelt. Danach ist der Bau zu beginnen spätestens drei Monate nach erfolgtem Abschluß der Verträge mit den in Betracht kommenden Behörden. Die Inbetriebnahme hat 12 Monate nach Abnahme der Strecke und nach Uebergabe der Straße am Lazareth, durch den neuen Walldurchbruch und an der Schichauwerft zu erfolgen. Letztere Straße sei noch nicht übergeben, die 12monatige Frist habe also noch garnicht begonnen.

Stadtv. Münsterberg betont zunächst, daß er unabhängig von den Ausführungen des Oberbürgermeisters in seinen Darlegungen den Standpunkt vertreten wolle, den er zu der Sache einnehme. Weder in rechtlicher noch moralischer Beziehung könne der neuen Gesellschaft der Consens verweigert werden. Die 1 Million-Gesellschaft habe auch nicht soviel Risico, wie die 10 Millionen-Gesellschaft, die noch so und so viel andere Unternehmungen besitze, während sich bei der neuen Gesellschaft das Betriebskapital auf dieses eine Unternehmen concentrire. Eine Million mag ja für Uebernahme des ganzen Unternehmens vielleicht zu wenig sein, indeß wolle er darauf hinweisen, daß bei allen derartigen Unternehmungen man den Credit in Anspruch nehme. Die Fertigstellung der Bahn liege nicht so fern, wie hier erwähnt worden sei und auch bei anderen Straßenarbeiten müsse man täglich solche Unannehmlichkeiten in den Kauf nehmen, wie sie hier gerügt worden seien. Vorschriften über die Bauführung und besonders über die anzustellenden Leute könnten wir der Actiengesellschaft doch nicht machen. Wir haben lediglich die Leistungsfähigkeit und die Sicherheit der neuen Gesellschaft zu prüfen und danach die Genehmigung zu ertheilen oder zu versagen. Er bitte, die kleinen Verdrießlichkeiten, welche die Vergangenheit gebracht, zu vergessen und sich zu freuen, daß sich endlich ein Unternehmer gefunden habe, der die seit 30 Jahren erstrebte Verbindung schaffe.

Stadtv. Wieler leitet seine Ausführungen ähnlich ein wie der Vorredner; er hätte sich bereits vor der letzten Ausführung des Oberbürgermeisters zum Wort gemeldet. Nach seiner Ansicht müsse man der Gesellschaft den Beweis erbringen, daß sie nicht leistungsfähig sei, daß ihr Kapital nicht genüge, daß sie schon jemandem etwas schuldig geblieben sei. Dazu wäre doch niemand im Stande. Redner geht näher auf die lange Entstehungsgeschichte der Bahn ein. Erst nach vielen Bemühungen sei es gelungen, die Firma Kummer u. Co. zum Bau der Bahn zu bewegen, man wußte aber von vornherein, daß sie dieselbe an eine Gesellschaft, die sie selbst gründen würde, übertragen werde. Bezüglich der zeitweisen Unzuträglichkeiten solle man Milde walten lassen und auf das Ende blicken. Die Kritik, die hier geübt werde, schieße weit über das Ziel hinaus und könne nur neue Schwierigkeiten bereiten. Wenn jeder in seinem Kreise dazu beitrage, werden sich die letzten Schwierigkeiten bald beseitigen lassen und damit würden sich die Betreffenden ein besseres Denkmal setzen als mit einer die Sache herabziehenden Kritik.

Stadtv. Davidsohn verwahrt sich gegen den Vorwurf des Oberbürgermeisters, daß auch er als Adjacent zu den Schwierigkeiten, mit denen die Bauleitung zu kämpfen gehabt, beigetragen habe dadurch, daß er wegen Benutzung einer Brücke bei Legan an die Gesellschaft ungerechte Forderungen gestellt habe. Hätte die Gesellschaft rechtzeitig den richtigen Weg betreten, den sie jetzt eingeschlagen, so hätte die Sache in acht Tagen beigelegt werden können und die Vermittelung des Oberbürgermeisters wäre unnöthig gewesen. Was die Sicherheit der neuen Gesellschaft betreffe, so spreche hier das persönliche Gefühl. Er habe die Empfindung, als ob sich die Firma Kummer u. Co. mit einem „Sauve qui peut!“ aus der Affaire ziehen wolle. Wenn die Bahn fertig sei und man sich von der Leistungsfähigkeit der Actiengesellschaft überzeugt haben werde, werde sicherlich auch der Uebertragung der Concession zugestimmt werden. Was die Schwierigkeiten anbetreffe, so wolle er darauf hinweisen, daß Herr Kupferschmidt auch mit vielen Behörden zu thun gehabt, daß auch er bei seinen Straßenbahnbauten genug Schwierigkeiten gefunden, sein Bahnbau sei aber ungleich exacter und glatter von statten gegangen.

Stadtv. Hardtmann ist der Ueberzeugung, daß die Million beim Bau nahezu ausgegeben sei, man sich also fragen müsse, mit welchen Mitteln der Betrieb eröffnet und unterhalten werden solle, namentlich wenn das Unternehmen sich nicht gleich rentire. Seiner Meinung nach habe die Gesellschaft ihre Leistungsfähigkeit selbst nachzuweisen. So lange sie das nicht gethan, werde er auf seinem ablehnenden Standpunkt verharren.

Oberbürgermeister Delbrück hält seine Behauptungen in der Davidsohn'schen Brückenangelegenheit, die er ebenfalls aus den Verhandlungen sehr genau kenne, aufrecht. Herr D. habe Forderungen gestellt, in denen er eine Erschwerung des Unternehmens erblicke.

Stadtv. Wieler hält es für bedauerlich, daß gerade von Kaufleuten in dieser Versammlung die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft in so wenig stichhaltiger Weise angezweifelt werde. Es sei doch den Herren bekannt, daß eine Gesellschaft auch ihren Credit mit verwerthe, daß man, wenn man ein Unternehmen mit einer Million gründe, die erforderliche zweite Million durch Aufnahme von Obligationen, Hypotheken etc. dazu „gepumpt“ werde. (Heiterkeit.) Es sei unerhört, daß Herr Davidsohn dem Unternehmer hier ein „Sauve qui peut“ in den Mund gelegt habe. Er wolle nicht annehmen, daß Herr D. das wider besseres Wissen geäußert habe, jedenfalls aber habe er in den letzten Jahren die Entwicklung gerade dieses Punktes nicht beachtet, sonst würde er wissen, daß die Actiengesellschaft schon anderthalb Jahre bestehe. Jetzt, wo ein Theil der Strecke in Betrieb gesetzt sei, solle die Uebernahme erst erfolgen. Wer solle, wenn er solcher Kritik ausgesetzt sei, noch den Muth zu einem Unternehmen finden, das ohnehin nicht viel verspricht, für die Entwicklung Danzigs aber von der größten Bedeutung ist.

Stadtv. Simson befürwortet ebenfalls die Genehmigung der Uebertragung, die er für das günstigste hält, schon weil dadurch die Situation geklärt werde.

Stadtv. Schmidt: Wenn man aus Herrn Wielers Gründen für die Uebertragung stimmen wolle, dann hätte man gar nicht über die Sache sprechen brauchen. Die Gesellschaft habe sich aber zu früh gebildet. Es handle sich um eine sogenannte „Schiebung“, mit der man noch warten könne. Man müsse einen Druck ausüben, damit die neue Bahn bald fertig werde. Die Art, wie bei den Brückenüberführungen gearbeitet sei, müsse er als himmelschreiend bezeichnen.

Stadtv. Kupferschmidt: Bei allen Gesellschaften sei es üblich, nicht das ganze Kapital durch Actien aufzubringen, sondern man bringe die Hälfte und mehr durch Obligationen auf. Das investirte Kapital erhalte leichter angemessene Verzinsung, wenn der Credit dabei mitwirke. Er könne nur sagen, daß er die eine Million-Actiengesellschaft für genügend leistungsfähig halte. Auf die eine Million Actien bekomme sie zwei Millionen Obligationen. Das Unternehmen könne also vollkommen ausgeführt werden. Wenn aber die Unternehmer ad hoc leistungsfähig sind, so könne die Uebertragung der Concession nicht versagt werden und deshalb werde er dem Magistratsantrage beitreten.

Stadtv. Syring legt vom juristischen Standpunkt aus dar, daß als Verweigerungsgrund die nicht gute oder nicht vollständige Arbeit nicht vorgesehen sei und deshalb auch nicht angewendet werden könne. Wenn die Frage zur Entscheidung der Gerichte komme, und das würde die Actiengesellschaft sicherlich veranlassen, wenn die Genehmigung abgelehnt würde, dann hätte die Stadt den Beweis zu führen, daß genügende Leistungsfähigkeit nicht vorliegt. Diesen Beweis können wir nicht erbringen. Sachverständige würden uns nicht beitreten, das ersehen wir aus der Ausführung des Herrn Kupferschmidt, der doch als erste Autorität gelte. Da wir aber keinen Rechtsgrund haben, wollen wir die Stadt nicht in einen aussichtslosen Millionenprozeß stürzen und die Bewilligung aussprechen.

Stadtv. Davidsohn glaubt doch eine Gesellschaft vorziehen zu sollen, die mehr mit eigenem Kapital wirthschaftet. Es sei aber auch möglich, daß eine Gesellschaft, die gleich mit Schulden anfange, viel besser fundirt sei nach neueren Begriffen. (Heiterkeit.) Bestehe die Gesellschaft schon $1\frac{1}{2}$ Jahr, dann könne sie auch noch kurze Zeit warten, zumal ja immer versichert werde, die Bahn werde „nächstens“ fertig werden. Redner hält es nicht für ausgeschlossen, daß ein anderer Jurist von der gleich hohen Bedeutung, die er dem verehrten Collegen Syring gern zumesse, das Gegentheil nachzuweisen sich bereit finde. So etwas komme doch auch vor. Daß die Magistratsvorlage angenommen werde, daran wolle er nach den Ausführungen der letzten Redner nicht mehr zweifeln. Schließlich verwahrt Redner sich dagegen, daß er in der Brückenangelegenheit ungerechte Forderungen gestellt habe. Man habe nur die Unterhaltungspflicht für den von der Bahn benutzten Theil der Brücken nicht übernehmen wollen.

Oberbürgermeister Delbrück hält ebenfalls seine bezügliche Auffassung aufrecht. Er würde nur bedauern, wenn die Versammlung durch eine irrige Auffassung von dem ihr zustehenden Rechte einen falschen Gebrauch machen würde. Er legt nochmals den juristischen Standpunkt dar, der eine Ablehnung aus den geltend gemachten Gründen ausschließt und bittet im Interesse der Stadt der Uebertragung der Concession zuzustimmen. Käme es zum Prozeß, so würde z. B. die Rede des Herrn Schmidt, gut stenographirt, ein sehr schweres Beweis-Moment gegen die Stadt sein. Wie complicirt der Aufbau der Gründe von gegnerischer Seite sei, gehe daraus hervor, daß Herr Davidsohn mit einem Seiltänzerkunststückchen sich herauszuziehen suche. (Stadtv. Davidsohn steht auf und fragt die Versammlung: Sehe ich aus wie ein Seiltänzer? Heiterkeit.) Redner macht darauf aufmerksam, daß in der Actiengesellschaft lauter gut fundirte Firmen vertreten seien, die für die Solidität der Gesellschaft volle Garantie böten.

Stadtv. Keruth bittet in seinem Schlußwort als Referent, die juristischen Bedenken des Herrn Oberbürgermeisters und des Stadtv. Syring, denen jeder unbefangene Jurist zustimmen müsse, zu beachten. Es gehe aus den Bestimmungen des Vertrages klar hervor, daß andere Gründe als die Verneinung der Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nicht in Betracht kämen. Die Actiengesellschaft sei ordnungsgemäß zu Stande gekommen, und wie die hier gehörten Sachverständigen sich geäußert, reiche auch das vorhandene Kapital aus. Kummer u. Co. hätten mit dem Verkauf garnicht bis jetzt warten brauchen, sondern hätten sofort nach Abschluß des Vertrages verkaufen können, sie könnten damit aber auch nach ihrer freien Wahl noch bis 1930 warten. An die Fertigstellung des Bahnbaues seien sie im Vertrag keineswegs gebunden. Ein Prozeß würde verloren werden, darauf könne Redner zwar nicht schwören, aber wetten wolle er darauf. (Heiterkeit.) Gerecht wäre es jedenfalls nicht, wenn die Stadtverordneten die Genehmigung versagen.

Nach einer als „persönliche Bemerkung“ bezeichneten kurzen Erwiderung des Stadtv. Davidsohn wird zur Abstimmung geschritten, die mit allen gegen etwa 8 Stimmen die Genehmigung der Concessionsübertragung ausspricht.

Gegen 8 Uhr vertagte sich die durch die langen Debatten und die herrschende tropische Hitze sehr ermüdete Versammlung, deren reiche Tagesordnung noch über 20 Vorlagen enthielt, auf heute (Mittwoch), Nachmittags 4 Uhr.

---

* **[Heute vor 30 Jahren]** spielte sich in unserer Meeresbucht ein nächtliches Drama ab: der bei den Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870 vielfach erwähnte kühne Ausfall der Korvette „Nymphe“ gegen das im Putziger Wiek ankernde französische Panzergeschwader. Das aus drei größeren Panzerschiffen und einem Aviso bestehende französische Geschwader war am 22. August Morgens außerhalb Hela erschienen, Mittags um Hela herum auf die hiesige Rhede gekommen und Abends im Putziger Wiek vor Anker gegangen. In unserem Hafen lag damals nur die von Kapitän Weickhmann (vor etwa zwei Jahren in Langfuhr verstorben) befehligte kleine hölzerne Glattdeck-Korvette „Nymphe“. Diese verließ um Mitternacht den Hafen, fuhr dem Geschwader kühn entgegen und feuerte, auf 2500 Schritt herangekommen, zweimal ihre Breitseit-Geschütze auf die Panzerschiffe ab, wobei sie das Geschwader umfuhr und dann, von letzterem scharf verfolgt, glücklich in den Hafen zurückkehrte. Die Panzerschiffe verließen am nächsten Tage, dem die Bewohner von Neufahrwasser mit einiger Sorge entgegen gesehen hatten, die hiesige Rhede für immer.

---

* **[Herbstmanöver.]** Der Stab der 36. Feldartillerie-Brigade rückte heute von hier aus und hat sich zur Theilnahme an dem bei Bütow stattfindenden Brigade-Exercieren mit der Eisenbahn nach Bütow begeben. Von den bei dem Train-Bataillon Nr. 17 gebildeten Abtheilungen rückt morgen die dritte Abtheilung von Langfuhr aus und marschirt in das Manöverterrain der 71. Infanterie-Brigade bei Bütow.

Die seit dem 10. d. Mts. auf dem Uebungsplatze bei Hammerstein stattfindenden großen Cavallerie-Uebungen der im Befehlsbereich des 2. Armeecorps gebildeten besonderen Cavallerie-Division A, an welcher vom 17. Armeecorps die beiden Husaren-Regimenter — 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1 und Husaren-Regiment (Fürst Blücher von Wahlstatt) Nr. 5 — Theil genommen haben, haben gestern ihr Ende erreicht. Heute haben die beiden Regimenter Ruhetag und treten morgen, den 23. d. Mts., von Hammerstein aus den Marsch zum Kaisermanöver bei Stettin an.

---

* **[Verstärkung des ostasiatischen Expeditionscorps.]** Außer den schon gestern genannten sind durch Cabinetsordre vom 18. d. Mts. noch folgende Stellenbesetzungen zur Verstärkung des ostasiatischen Expeditionscorps aus dem Bereich des 17. Armeecorps erfolgt: Zum 5. ostasiatischen Infanterie-Regiment als Compagnieführer Hauptmann Reichel, bisher Compagnie-Chef im Infanterie-Regiment Nr. 18, und Leutnant Gerlich, bisher im Infanterie-Regiment Nr. 44. Zum 6. ostasiatischen Infanterie-Regiment als Compagnieführer Hauptmann v. Raumer, bisher à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 175 und Compagnieführer an der Unteroffizierschule in Biebrich, und Oberleutnant Hayner, bisher im Infanterie-Regiment Nr. 21. Zur 3. Abtheilung des ostasiatischen Feldartillerie-Regiments Leutnant Moldenhauer, bisher im Feldartillerie-Regiment Nr. 71.

---

* **[Sanitätspolizeiliche Vorsichtsmaßregeln.]** Unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Goßler fand heute Vormittag wiederum eine Conferenz in Betreff der Vorsichtsmaßregeln zur Vermeidung der Einschleppung von Epidemien in den Hafen Neufahrwasser statt, der auch die Herren Geh. Ober-Medizinalrath und vortragender Rath im Cultusministerium Dr. Schmidtmann, Geh. Regierungsrath und vortragender Rath im Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Wendelstadt aus Berlin und Professor Dr. Pfeiffer aus Königsberg beiwohnten. Mittags fuhren die Herren nach der Westerplatte, um demnächst am Hafen von Neufahrwasser die erforderlichen sanitätspolizeilichen Vorsichtsmaßregeln festzustellen.

---

* **[Aerztliche Ueberwachung des Schiffsverkehrs.]** Der Direktor des hygienischen Instituts in Königsberg, Professor Pfeiffer, wurde vom Kultusminister nach Berlin berufen und beauftragt, mit den Medizinalräthen des Kultusministeriums die preußischen Hafenorte zu bereisen und Vorschläge zu machen zur Einrichtung einer polizeiärztlichen Ueberwachung des Schiffsverkehrs in den preußischen Seehäfen, namentlich in Stettin, Danzig, Königsberg und Emden behufs Abwehr der Seuchen-Einschleppung auf dem Seewege.

---

* **[Zum Maurerstreik.]** Von Seiten der hiesigen Bauinnung ist an die bauenden Behörden und Privat-Bauherren ein Rundschreiben ergangen, in welchem die Forderungen der streikenden Maurergesellen erörtert werden. Diesem Rundschreiben ist eine in der Versammlung vom 11. Juli, an welcher fast sämmtliche Baugewerbetreibende Danzigs und Umgegend Theil nahmen, gefaßte Resolution folgenden Inhaltes beigefügt.

„Die hier versammelten Baugewerbetreibenden Danzigs und Umgegend erklären sich zum festen Zusammenhalt zwecks Bekämpfung des gegenwärtigen Maurerstreiks rückhaltlos auf Manneswort bereit und erachten sich zu diesem Zwecke als solidarisch verbindlich dergestalt, daß Einer für Alle und Alle für Einen unentwegt einzustehen bereit sind. Nachdem seit sieben Jahren aus den vierteljährlich aufgestellten Stundenlohnlisten der vierteljährliche sowie auf Grund derselben demnächst der jährliche Durchschnittslohn für Maurer und Zimmerer sorgfältig festgesetzt und auf diese Weise die Maurer- wie die Zimmergesellen gegen jede Lohnreduction während der arbeitstillen Zeit geschützt und vor jeder Ausbeutung der Nothlage durch die Arbeitgeber bewahrt gehalten wurden; — nachdem ferner durch Innungsbeschluß vom 24. April d. J. — obwohl die Bauverträge für die gegenwärtige Saison zum großen Theile abgeschlossen waren — dennoch die vom Gesellenausschusse geforderte Lohnzulage von mindestens 5 Proc. anstandslos zugebilligt worden, — stellt sich die gegenwärtige Lohnerhöhungsforderung lediglich als eine von socialdemokratischen Agitatoren angezettelte Kraftprobe dar. Die Baugewerbetreibenden würden ihre Selbständigkeit der Socialdemokratie zum Opfer bringen und sich den Agitatoren der letzteren für unabsehbare Zeit völlig unterwerfen, wollten sie auf die dem gegenwärtigen Streik zum Grunde gelegte, auf socialdemokratischer Tendenz beruhende Forderung eines niedrigsten (Minimal-)Lohnsatzes eingehen.

* **[Maul- und Klauenseuche.]** In Folge Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestande des Hofbesitzers Herrn Wiebe in Gottswalde werden sämmtliche Wiederkäuer und Schweine des durch die Ortschaften Gottswalde, Reichenberg und Wotzlaff nebst ihren Ausbauten gebildeten Beobachtungs-Gebietes (Sperrbezirks) unter polizeiliche Beobachtung gestellt. Nach den dieserhalb angeordneten Maßregeln ist die Ausführung von Wiederkäuern und Schweinen ohne ausdrückliche Genehmigung der Polizeibehörde verboten. Das Weggeben roher, ungekochter Milch aus den durch die Seuche betroffenen Gehöften, die Weggabe roher Magermilch, sowie das Treiben von Wiederkäuern und Schweinen durch das Beobachtungs-Gebiet ist verboten.

* **[Innungswesen.]** Die hiesige Bäckerinnung beschloß in ihrer Generalversammlung, für die Innungsmitglieder eine Kasse zu errichten, um den Hinterbliebenen der verstorbenen Mitglieder zur Bestreitung der Beerdigungskosten einen angemessenen Beitrag zu gewähren. Dieses Statut der Innung ist von dem Bezirksausschuß hierselbst bestätigt worden.

* **[Sperrung der Schäferei.]** Aus Anlaß des Neubaues des Bohlwerkes an der Schäferei müssen zum Anbringen der Anker 19 Ankergräben quer durch die Straße ausgehoben werden. Zur Vermeidung einer vollständigen Sperrung der Straße ist beabsichtigt, die Ankergräben des Nachts auszuheben und dann durch stark construirte Brücken bis zur erfolgten Zuschüttung zu überdecken. Zu diesem Zwecke wird, wie die Polizeibehörde bekannt macht, die Straße in einzelnen Nächten zur Vornahme fraglicher Arbeiten von Abends 8 Uhr bis Morgens 7 Uhr gesperrt werden.

* **[Vaterländischer Frauenverein zu Neufahrwasser.]** Auf Anregung der Kaiserin ist von der Centralleitung des Vaterländischen Frauenvereins an alle Provinzialverbände und Zweigvereine der Ruf ergangen, im Geiste der schon so oft bei außerordentlichen Nothständen im Frieden bewiesenen Opferwilligkeit auch jetzt, angesichts der Kriegsgefahr im fernen Osten, thätig zu sein und Sammlungen für die freiwillige Krankenpflege zu veranstalten. Da will denn auch der Zweigverein Neufahrwasser nicht zurückstehen, trotzdem dessen Mittel durch den Kinderhort auch in Friedenszeiten beständig in Anspruch genommen werden. Durch eine besondere Veranstaltung in Brösen, zu welcher Herr Feyerabend sein bekanntes opferwilliges Entgegenkommen zugesagt hat, wird sich der Verein in nächster Zeit an den patriotischen Sinn unserer Mitbürger wenden.

* **[Ordensverleihung.]** Dem Eisenbahn-Haltestellen-Aufseher a. D. Ludwig Miottel zu Langfuhr ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

* **[Prämiirung.]** Der Pianoforte-Fabrik Schiedmayer in Stuttgart, in Danzig durch Herrn Robert Bull vertreten, ist auf der Pariser Weltausstellung die höchste Auszeichnung: der „Grand Prix" verliehen worden.

ψ **[Menageriebesuch.]** Am Montag besuchten die Schüler der hiesigen Taubstummenschule die große Menagerie auf dem Wallgelände. Der Besitzer derselben, Herr Malferteiner, hatte ihnen freien Eintritt gewährt. Von dem vielen Sehenswerthen erregte besonders die ausgezeichnete Dressur der Elephanten, Löwen und Panther, welche man in so vollendeter Weise hier am Platze noch nicht gesehen haben dürfte, das Interesse der Kinder.

§ **[Verwundung.]** Zu einem blutigen Auftritte gab gestern in Stadtgebiet der Arbeiter Ludwig Hallmann aus Ohra Veranlassung. Derselbe verübte dort grobe Excesse und widersetzte sich nicht nur einem einschreitenden Schutzmanne, sondern griff diesen thätlich an, würgte ihn und suchte ihn zu Boden zu werfen. Jetzt machte der Schutzmann von seiner Waffe Gebrauch, wobei Hallmann durch einen Säbelhieb über den Kopf verwundet wurde. Erst jetzt konnte H. überwältigt werden. Er wurde ins Stadtlazareth zum Verbinden seiner Wunde gebracht und dann arretirt.

* **[Wochennachweis der Bevölkerungs-Vorgänge vom 12. bis 18. August 1900.]** Lebendgeboren 46 männliche, 56 weibliche, insgesammt 102 Kinder, Todtgeboren 4 männliche, 1 weibliches, insgesammt 5 Kinder. Gestorben (ausschließlich Todtgeborene) 54 männliche, 54 weibliche, insgesammt 108 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 58 ehelich, 11 außerehelich geborene. Todesursachen: Masern und Rötheln 1, Scharlach 1, Diphtherie und Croup 1, acute Darmkrankheiten einschl. Brechdurchfall 58, darunter a) Brechdurchfall aller Altersklassen 58, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 58, Kindbett- (Puerperal-) Fieber 1, Lungenschwindsucht 5, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 1, alle übrigen Krankheiten 38. Gewaltsamer Tod: Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 2.

* **[Feuer.]** Heute gegen Mittag wurde die Feuerwehr nach dem Hause Mattenbuden Nr. 17 gerufen. Es handelte sich um einen unbedeutenden Schornsteinbrand, der beim Eintreffen der Wehr schon fast beseitigt war.

[Polizeibericht für den 22. August 1900.] Verhaftet: 7 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 1 Person wegen Mißhandlung, 1 Person wegen Unterschlagung, 2 Personen wegen Unfugs, 1 Person wegen Widerstandes, 2 Obdachlose. — Gefunden: Siegelring mit schwarzem Stein, 3 Bescheinigungen über Aufrechnung der Quittungskarten Nr. 1, 2 und 3 für Maurer Emil Schwinkowski, 1 großer und 1 kleiner Schlüssel am Riemen, 3 Schlüssel am Bande, 1 Broche in weißer Schachtel, abzuholen aus dem Fundbureau der königl. Polizei-Direction. Die Empfangsberechtigten werden hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung ihrer Rechte innerhalb eines Jahres im Fundbureau der königl. Polizei-Direction zu melden.

Verloren: 1 graues Jaquet, 1 graue Weste, 1 grüner Schlips mit Korallennadel, 1 weißes Vorhembe mit Kragen, 1 silberne Herrn-Remontoiruhr Nr. 0,800 — 326 020 mit goldener Kette und Glaskugel, 1 Bernstein-Cigarrenspitze, 2 Schlüssel, 1 weißes Taschentuch Monogramm A. F., Anfang Juli cr. 1 silberne Damenuhr gez. M. U. mit kurzer silberner Kette, am 16. Juli cr. 1 goldene Damen-Remontoiruhr mit goldener Kette, am 1. August cr. Ordensblech mit Kriegsdenkmünze 1870/71, Erinnerungskreuz 1866 und Kaiser Wilhelm-Medaille, abzugeben im Fundbureau der kgl. Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

Putzig, 21. August. Zu Ehren unseres bisherigen Herrn Landraths, des jetzigen Oberregierungsraths Dr. Albrecht findet am 8. September im Hotel Gaffke ein Abschiedsfestessen statt.

rs. **Konitz,** 22. Aug. Die im „Danz. Courier" gestern schon erwähnte Mittheilung des „Konitzer Tageblts." über das **Gutachten des Geheimraths Prof. Dr. Mittenzweig** über den Leichenbefund an Ernst Winter ist bedeutungsvoll, nicht nur bezüglich der Zeit des Mordes, auf welchen Umstand schon hingewiesen wurde, sondern auch noch nach einer anderen Richtung. Seine Ausführungen lehren, daß Ernst Winter **unmöglich durch einen Schächtschnitt getödtet sein kann.** Die Feststellungen des Professors Mittenzweig beweisen dies haarscharf. Zwei Schnitte, bei denen noch das Herunterhängen von „Zäpfchen" vorkommen, dürfen beim Schächten nicht gemacht werden. Das Ritualmord-Märchen auf den Konitzer Mord anzuwenden, wird hiernach selbst den Antisemiten fortan etwas schwer werden.

Heiligenbeil, 20. Aug. Am Sonntag Nachmittag fuhren vier Knechte aus Leysuhnen mit einem Ruderboote hinaus auf das Haff, welches ganz ruhig war. Als die vier jungen Männer, von denen zwei angeheitert gewesen sein sollen, ins Tiefe kamen, müssen sie in jugendlichem Uebermuthe wohl geschaukelt haben, denn plötzlich schlug der Kahn um und die **Insassen stürzten in die Fluthen.** Des Schwimmens völlig unkundig, verschwanden zwei gleich im Wasser, während die anderen beiden sich noch am Kahn festhalten konnten. Auf ihr Hilfegeschrei eilten Leysuhner herbei und retteten die Beiden. Nach halbstündigem Suchen wurden auch die beiden Leichen geborgen.

Standesamt vom 22. August.

Geburten: Schmiedegeselle Leopold Schikowski, T. — Maurergeselle Heinrich Schutz, S. — Arbeiter Theodor Strauß, T. — Arbeiter Albert Schröder, S. — Telegraphenarbeiter Stanislaus Lewandowski, S. — Arbeiter August Johann Kocki, S. — Schneidergeselle Joseph Olschewski, T. — Arbeiter Friedrich Rudat, S. — Arbeiter Hermann Knoppke, T. — Arbeiter Leo Block, 2 S. — Schmiedegeselle Andreas Kuzniarek, S. — Maler Franz Zinke, S. — Kaufmann Otto Weihnacht, S. — Arbeiter Heinrich Zielke, T. — Tischlergeselle Eduard Wenkewitz, T. — Schlossergeselle Franz Rose, T. — Schmiedegeselle August Kunkel, S. — Arbeiter Stanislaus Kupferschmidt, S.

Aufgebote: Seefahrer Otto Eugen Schmidt und Martha Marie Petrowsky, beide hier. — Fleischermeister Gustav Georg Ernst Rehberg hier und Hedwig Amalie Wolski zu Stettin. — Apothekenbesitzer Friedrich Heinrich Paul Heßler zu Bützow und Gertrud Anna Elisabeth Horn zu Zoppot. — Vicewachtmeister im Feldartillerie-Regt. Nr. 36 Friedrich Richard Gustav Pohle hier und Karoline Friederike Ida Unger zu Berlin. — Arbeiter Max Paul Schlischke und Auguste Ida Neumann, beide hier. — Kgl. Schutzmann Franz Reinhold Kunibert Pätznik zu Potsdam und Gertrude Louise Amalie Andres hier.

Heirathen: Zimmergeselle Herrmann Block und Meta Probst. — Arbeiter Robert Hennig und Marie Luise Hinz. Sämmtlich hier.

Todesfälle: T. des Tischlergesellen Otto Mohring, fast 10 M. — S. des Binnenlootsen Julius Feigenhauer, 14 Wochen. — Korbmachermeister Ernst Reinhold Wichmann, 51 J. 7 M. — S. des Maurergesellen Paul Boß, 1 M. — T. des kaiserl. Werftsecretärs Albert Butterwegge, fast 13 J. — T. d. Arb. Jacob Rapczyk, 3 M. — S. des Kaufmanns Gustav Dekepper, 7 M. — S des Arbeiters Josef Grand, 1 J. — T. des Kutschers Joseph Schimkowski, fast 5 M. — T. d. Bohrers Max Stanislowski, 3 W. — T. d. Schneiders Franz Dobrowolski 8 M. — S. des Bierfahrers Gottfried Teschke, 8 Wochen. — Aufwärterin Bertha Auguste Penkall, 35 J 7 M. — S des Kaufmanns Paul Zymowski, 7 M.

Danziger Börse vom 22. August.

Weizen in regerer Kauflust bei unveränderten Preisen. Bezahlt wurde für inländischen blauspitzig 777 Gr. 138 M, rothbunt bezogen 756 Gr. 138 M, rothbunt 756 Gr. 146 M, 783 Gr. 150 M, hellbunt 774 Gr. 150 M, hochbunt leicht bezogen 799 Gr. 149 M, hochbunt 777 und 780 Gr. 151 M, 780 und 783 Gr. 152 M, 793 Gr. 153 M, fein hochbunt glasig 788 und 793 Gr. 154 M, weiß leicht bezogen 786 Gr. 152 M, weiß 777 Gr. 152 M, fein weiß 804 Gr. 155 M, für polnischen zum Transit alt fein weiß 772 Gr. 124 M, fein hochbunt glasig 756 Gr. 124 M per Tonne.

Roggen unverändert. Bezahlt ist inländischer 729, 732, 738, 744, 756 und 762 Gr. 127 M, polnischer zum Transit 768 Gr. 93 M. Alles per 714 Gr. per Tonne. — **Gerste** ist gehandelt inländische große 674 Gr. 134 M, weiß 674 u. 686 Gr. 144 M per Tonne. — **Hafer** inländ. 123½, 126 M per Tonne bez. — **Rübsen** poln. z. Tr. 228 M per Tonne geh. — **Raps** inländ. 245, 252 M, feinster 256, 257 M per Tonne bezahlt. — **Weizenkleie** grobe 4,15, 4,17½ M, extra grobe 4,30 M, feine 3,82½ M, gestern feine 3,95 M per 50 Kilogr. gehandelt.

Berlin, den 22. August.

Städtischer Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht der Direction.

1164 **Rinder.** Bezahlt f. 100 Pfd. Schlachtgew.: **Ochsen** a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerths, höchstens 7 Jahr alt — M; b) junge fleischige, nicht ausgemästete, und ältere ausgemästete — M, c) mäßig genährte junge, gut genährte ältere — M, d) gering genährte jeden Alters 50—53 M.

Bullen: a) vollfleischige, höchsten Schlachtwerhtes — M; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere — M; c) gering genährte 46—49 M.

Färsen u. Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerths — M; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerths, bis zu 7 Jahren — M; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe u. Färsen — M, d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44—46 M, e) gering genährte Kühe und Färsen 38—42 M.

1865 **Kälber:** a) feinste Mastkälber (Voll-Mast- und beste Saugkälber 66—68 M; b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 62—65 M; c) geringe Saugkälber 54—58 M; d) ältere gering genährte (Fresser) 35—47 M.

26 100 **Schafe:** a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 64—68 M; b) ältere Masthammel 55—60 M; c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 48—53 M; d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 26—33 M.

9686 **Schweine:** a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 52—53 M; b) Käser — M; c) fleischige 49—51 M; d) gering entwickelte 46—48 M; e) Sauen 47—48 M.

Verlauf und Tendenz des Marktes:

Rinder. Vom Rinderauftrieb wurden nur einige 100 Stück verkauft.

Kälber. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig.

Schafe. Von den Schafen fanden etwa 900 Stück Absatz.

Schweine. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird voraussichtlich geräumt.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Bernhard Krzywinski zu Graudenz, in Firma B. Krzywinski, ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichniß der bei der Vertheilung zu berücksichtigenden Forderungen und über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermin auf

den 7. September 1900, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst, Zimmer Nr. 13, bestimmt. (11514

Graudenz, den 13. August 1900.

Blum,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A ist heute unter Nr. 25 die zu Graudenz am 15. August 1900 errichtete offene Handelsgesellschaft in Firma **Bernstein u. Marcus** und als deren Gesellschafter der Kaufmann **Simon Bernstein,** der Kaufmann **Adolf Marcus** daselbst mit dem Bemerken eingetragen worden, daß zur Vertretung der Gesellschaft beide der Gesellschafter ermächtigt sind.

Graudenz, den 15. August 1900. (11512

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 5 die Genossenschaft in Firma „**Stüblauer Spar- und Darlehnskassen-Verein, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht**" eingetragen und dabei Folgendes vermerkt worden:

Gegenstand des Unternehmens ist die Hebung der Wirthschaft und des Erwerbes der Mitglieder und Durchführung aller zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten Maßnahmen, insbesondere: vortheilhafte Beschaffung der wirthschaftlichen Betriebsmittel und günstiger Absatz der Wirthschaftserzeugnisse.

Der Vorstand besteht aus:

1. Gutsbesitzer **Philipsen** zu Stüblau, zugleich als Vereinsvorsteher,
2. Gutsbesitzer **Haaselau** zu Güttland, zugleich als Stellvertreter des Vereinsvorstehers,
3. Hofbesitzer **Willems** zu Czattkau,
4. Gutsbesitzer **Fischer** zu Kriefkohl,
5. Gutsbesitzer **Frost** zu Kriefkohl.

Das Statut lautet vom 6. August 1900. Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im „Neuwied'er Landwirthschaftlichen Genossenschaftsblatte". Willenserklärungen des Vorstandes erfolgen durch mindestens 3 Vorstandsmitglieder, unter denen sich der Vereinsvorsteher oder dessen Stellvertreter befinden muß.

Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden jedermann in der Gerichtsschreiberei gestattet.

Danzig, den 16. August 1900. (117

Königliches Amtsgericht 10.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß wir

Herrn Wilhelm Behrendt

in **Danzig,** Allmodengasse 1b, p.,

eine

General-Agentur

unserer Bank für die Provinz **Westpreußen** übertragen haben, halten uns zum Abschluß von **Lebens-, Aussteuer-, Renten- und Unfallversicherungen, speciell auch Radfahrerunfallversicherungen** zu äußerst günstigen Versicherungsbedingungen und mäßigen Prämien bestens empfohlen und ist **Herr General-Agent Behrendt** gern erbötig, Anträge für uns entgegen zu nehmen und jede weitere Auskunft kostenfrei zu ertheilen. (11478

Nürnberg, im August 1900.

Nürnberger Lebensversicherungs-Bank.